



## Vorlage Stadtparlament

vom 31. Mai 2016

Nr. 4382

---

150 Stadtparlament: Allgemeines

## Tagungsort des Stadtparlaments St.Gallen

**Antrag**

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das Stadtparlament tagt weiterhin im Waaghaus.
  2. Das Postulat „Pfalz der Politik!“ wird als erledigt abgeschrieben.
- 

**1 Zusammenfassung**

*So lange für das Waaghaus keine überzeugenden neuen Nutzungsideen vorliegen bzw. deren Umsetzung nicht beschlossen ist, besteht keine Notwendigkeit, die Sitzungen des Stadtparlaments in den Kantonsratssaal zu verlegen. Das Waaghaus soll somit Tagungsort des Stadtparlaments bleiben. Für die weitere Zukunft bleiben alle Optionen offen.*

*Das Waaghaus soll gemäss erheblich erklärter Motion „Sanierung des Waaghauses“ mit dem dafür notwendigen baulichen Unterhalt für die nächsten rund zehn Jahre baulich ertüchtigt werden, ohne für eine länger dauernde Zeitspanne allfällige andere Nutzungen zu verbauen.*

*Das Stadtparlament in seiner Rolle als Besteller der Sanierung des Waaghauses definiert mit dieser Vorlage zu Händen der kommenden Bauvorlage des Stadtrats das Sanierungsprogramm und die Zeitschiene.*



## 2 Inhaltsverzeichnis

1	<i>Zusammenfassung</i> .....	1
2	Inhaltsverzeichnis .....	2
3	Postulatsauftrag.....	3
4	Ausgangslage .....	4
5	Grundsätzliche Varianten .....	4
5.1	Variante „Stadtparlament tagt weiterhin im Waaghaus“ .....	4
5.1.1	Untervariante „weiterhin keine Sanierung des Waaghauses“ (weiterhin kein baulicher Unterhalt).....	4
5.1.2	Untervariante „Sanierung der dringlichsten Mängel des Waaghauses“ (baulicher Unterhalt zur Instandhaltung des Bestandes).....	5
5.1.3	Untervariante „Grosser Umbau des Waaghauses“ .....	5
5.2	Variante „Stadtparlament tagt neu in der Pfalz“ .....	6
6	Hängige Aufträge des Stadtparlaments zum Waaghaus .....	8
6.1	Motion „Sanierung des Waaghauses“ vom 1. April 2014 an den Stadtrat .....	8
6.2	Postulat „Pfalz der Politik!“ vom 12. Januar 2016 an das Präsidium des Stadtparlaments.....	8
6.3	Postulat „Waaghaus und Taubenloch fürs Volk!“ vom 12. Januar 2016 an den Stadtrat8	
6.4	Zeitschiene und gegenseitige Abhängigkeiten der drei hängigen Motions- bzw. Postulatsaufträge.....	9
7	Prüfung in zeitlicher Hinsicht .....	10
7.1	Lassen sich Sitzungstermine für das Stadtparlament im Kantonsratssaal finden?.....	10
7.2	Zeitlicher Vorlauf eines Umzugs in den Kantonsratssaal .....	12
7.3	Zeitpunkt eines Umzugs in den Kantonsratssaal.....	12
8	Prüfung in finanzieller Hinsicht.....	12
8.1	Investitionsvergleich für Sitzungen des Stadtparlaments im Waaghaus und in der Pfalz12	
8.2	Betriebsaufwandsvergleich für Sitzungen des Stadtparlaments im Waaghaus und in der Pfalz.....	13
9	Prüfung in historischer Hinsicht .....	14
9.1	Bisherige Tagungsorte des städtischen Parlaments St.Gallen.....	14



9.2	Waaghaus.....	14
9.3	Pfalz.....	21
10	Installation einer neuen Mikrofonanlage im Stadtparlamentssaal des Waaghauses 201323	
11	Bereits vom Stadtparlament beschlossene Änderungen im Parlamentsbetrieb, welche auf den 1. Januar 2017 in Kraft treten.....	23
11.1	Elektronische Abstimmungsanlage.....	23
11.2	Tonbandaufzeichnungen der Stadtparlamentsdebatten im Internet.....	25
12	Entscheidungskriterien für die Variante Pfalz.....	27
12.1	Erlaubnis der Hausherren der Pfalz, Sitzungen des Stadtparlaments im Kantonsratssaal abzuhalten.....	27
12.2	Zeitliche Vereinbarkeit der Sitzungen des Stadtparlaments mit anderen Belegungen des Kantonsratssaals.....	27
13	Entscheidungs-Kriterien zwischen den Tagungsorten Waaghaus bzw. Pfalz.....	27
13.1	Investitionskostenvergleich.....	27
13.2	Betriebskostenvergleich.....	28
13.3	Arbeitsbedingungen für das Stadtparlament im Waaghaus und in der Pfalz.....	29
13.4	Vergleich der Arbeitsabläufe der Parlamentsdienste im Waaghaus und in der Pfalz ...	29
13.5	Erfüllen der Bedürfnisse von Medienschaffenden und Publikum im Waaghaus und in der Pfalz.....	30
13.6	Wahrnehmbarkeit der städtischen parlamentarischen Politik im Waaghaus und in der Pfalz	30
14	Erwägungen und Empfehlung des Präsidiums.....	31
15	Weiteres Vorgehen / vom Präsidium empfohlener Zeitplan.....	38

### 3 Postulatsauftrag

Das Stadtparlament hat an seiner Sitzung vom 12. Januar 2016 das Postulat „Pfalz der Politik!“ mit folgendem verändertem Wortlaut erheblich erklärt:

„Das Präsidium des Stadtparlaments wird eingeladen, die Frage der Verlegung des Stadtparlaments in den Kantonsratssaal in zeitlicher, finanzieller und historischer Hinsicht zu prüfen, Bericht zu erstatten und dem Parlament allenfalls Antrag zu stellen.“



## **4 Ausgangslage**

Das Waaghaus wurde 1963 umfassend saniert und dient seither mit seinem Saal im 1. Obergeschoss West u.a. auch als Tagungsort des Stadtparlaments. In diesen mittlerweile über 50 Jahren wurde das Waaghaus nur auf das Nötigste baulich unterhalten. Gewisse Sanierungsmassnahmen sind deshalb dringlich. Beispielsweise ist die Bodenheizung teilweise defekt; Sitzungen des Stadtparlaments in der kalten Jahreszeit haben schon bei 12 Grad Celsius stattgefunden; Mieten des Raums für einzelne Anlässe von Dritten mussten schon erlassen werden, weil die Gäste froren.

Ohne eine Reihe von Sanierungsmassnahmen kann die gegenwärtige Nutzung des Waaghauses nicht mehr lange weitergeführt werden.

Weil der bauliche Unterhalt in den vergangenen Jahrzehnten nur minimal betrieben wurde, jedenfalls unterhalb des dafür üblichen Prozentsatzes des Gebäudewertes, kann von „eingespartem baulichen Unterhalt“ gesprochen werden.

## **5 Grundsätzliche Varianten**

### **5.1 Variante „Stadtparlament tagt weiterhin im Waaghaus“**

Hier sind die folgenden Untervarianten möglich:

- Das Waaghaus wird weiterhin nicht saniert.
- Die dringlichsten Mängel des Waaghauses werden saniert. Das Stadtparlament müsste für seine Sitzungen vorübergehend in den Kantonsratssaal umziehen.
- Es wird ein grosser Umbau des Waaghauses beschlossen. Das Stadtparlament müsste für seine Sitzungen vorübergehend in den Kantonsratssaal umziehen.

#### **5.1.1 Untervariante „weiterhin keine Sanierung des Waaghauses“ (weiterhin kein baulicher Unterhalt)**

Diese Untervariante wäre die Fortsetzung der Politik seit dem Jahr 2000, welche keinen Beschluss zu einer kleineren oder grösseren Sanierung des Waaghauses zustande brachte.

Eine im Jahr 2000 erstellte Zustandserfassung zeigte neben der Notwendigkeit einer Erneuerung der Heizungs- und Lüftungsanlagen in verschiedenen weiteren Bereichen Mängel auf. Diverse bauliche und brandschutztechnische Einrichtungen müssen den geltenden Vorschriften angepasst werden. Die WC-Anlagen sind zu erneuern und das hindernisfreie Erreichen der Räume soll ermöglicht werden.

Der Stadtrat unterbreitete dem Grossen Gemeinderat am 12. Februar 2002 eine Vorlage für bauliche und haustechnische Massnahmen für das Waaghaus und beantragte einen Kredit von CHF 1.77 Mio. Vorgeschlagen wurden verschiedene Sofortmassnahmen, der Ersatz der Lüftungsanlage, der Einbau eines Personenliftes mit der Erschliessung der drei Geschosse



des Gebäudes für Behinderte, ältere Personen und Personen mit Kinderwagen. Die Frage der künftigen Nutzung der offenen Erdgeschosshalle wurde angesprochen, bildete aber nicht Gegenstand der Vorlage. Ebenfalls wurde auf Änderungen der Sitzordnung des Grossen Gemeinderates, den Einbau einer Konferenzanlage und ähnliche Massnahmen aus Kostenüberlegungen verzichtet.

Der Grosse Gemeinderat trat am 23. April 2002 nicht auf diese Vorlage des Stadtrats ein. Die baulichen Massnahmen im Waaghaus sollten erst angegangen werden, wenn Klarheit über die Möglichkeiten im Erdgeschoss sowie über allfällige Konsequenzen aus der Revision der Gemeindeordnung bestehe (es ging in diesem Zusammenhang um die Frage, ob das Parlament weiterhin 63 Sitze umfassen solle; dies wurde mit der Totalrevision der Gemeindeordnung, welche am 1. Januar 2005 in Kraft trat, bestätigt).

Die Konsequenz eines Weiterverfolgens dieser Untervariante ist, dass die bereits im Jahr 2000 festgestellten Mängel weiterhin bestehen und dass in der Zwischenzeit weitere Mängel hinzukommen sind und somit die gegenwärtige Nutzung des Waaghauses nicht mehr lange weitergeführt werden kann.

#### **5.1.2     Untervariante „Sanierung der dringlichsten Mängel des Waaghauses“ (baulicher Unterhalt zur Instandhaltung des Bestandes)**

Das Stadtparlament erklärte am 1. April 2014 eine Motion „Sanierung des Waaghauses“ mit folgendem Wortlaut erheblich:

„Der Stadtrat wird eingeladen, dem Stadtparlament eine Vorlage zur Sanierung der dringlichsten Mängel des Waaghauses zu unterbreiten.“

Der Stadtrat hat bisher keine entsprechende Vorlage unterbreitet.

Die Weiterführung bisheriger Nutzungen im Waaghaus erfordert aber die Sanierung der dringlichsten Mängel. Das Präsidium definiert deshalb in dieser Vorlage in seiner Funktion als Besteller die dringlichsten Mängel.

#### **5.1.3     Untervariante „Grosser Umbau des Waaghauses“**

Am 26. Juni 2007 erklärte das Stadtparlament das Postulat „Waaghaussanierung: Chance für Neukonzept“ mit folgendem Wortlaut erheblich:

„Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und allenfalls wo für das Stadtparlament ein neuer Tagungsort realisiert und wie das Waaghaus unter Einhaltung des denkmalpflegerischen Schutzzumfangs gesamthaft saniert und genutzt werden soll.“

In den Jahren 2010 / 2011 wurde ein Planungswettbewerb für die Sanierung des Waaghauses vorbereitet und durchgeführt. Vertreterinnen und Vertreter des Stadtparlaments (v.a. des Präsidiums) wurden im Verlauf der Arbeit der Wettbewerbsjury wiederholt eingeladen, an den entsprechenden Diskussionen teilzunehmen. Weil das Waaghaus auch Tagungsort des



Stadtparlaments ist, kam dem Stadtparlament bei diesem Bauprojekt auch eine Bestellerrolle zu.

Mit Vorlage vom 17. Januar 2012 beantragte der Stadtrat dem Stadtparlament einen Verpflichtungskredit von CHF 795'000 für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für die Sanierung des Waaghauses gemäss dem Wettbewerbssiegerprojekt AOI der Architekten Armin Benz und Martin Engeler aus St.Gallen. Die Baukosten wurden in dieser Vorlage auf CHF 6 – 8 Mio. geschätzt. Das Stadtparlament stimmte diesem Antrag am 21. Februar 2012 zu.

Das Präsidium des Stadtparlaments wurde an seiner Sitzung vom 27. August 2013 vom Stadtbaumeister und vom Projektleiter der Waaghaus-Sanierung darüber informiert, dass der Stadtrat im Zusammenhang mit seiner Investitionsplanung darauf verzichte, eine Vorlage zur Waaghaus-Sanierung dem Stadtparlament vorzulegen, um die Investitionsplanung zu entlasten. Die geschätzten Kosten dieses Projekts betrugen zu diesem Zeitpunkt bereits rund CHF 12.9 Mio.

Das Präsidium reichte daraufhin am 10. Dezember 2013 eine Motion „Sanierung des Waaghauses“ mit folgendem Wortlaut ein:

„Der Stadtrat wird eingeladen, dem Stadtparlament auf der Grundlage des bereits am 21. Februar 2012 gesprochenen Verpflichtungskredits von CHF 795'000 für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für die Sanierung des Waaghauses gemäss dem Wettbewerbssiegerprojekt AOI der Architekten Armin Benz und Martin Engeler aus St.Gallen eine Vorlage zu unterbreiten.“

Die Erheblicherklärung dieses Wortlauts der Motion „Sanierung des Waaghauses“ fand jedoch am 1. April 2014 keine Mehrheit im Stadtparlament.

Statt dessen wurde die Motion „Sanierung des Waaghauses“ am 1. April 2014 mit folgendem, abgeändertem Wortlaut erheblich erklärt:

„Der Stadtrat wird eingeladen, dem Stadtparlament eine Vorlage zur Sanierung der dringlichsten Mängel des Waaghauses zu unterbreiten.“

## **5.2 Variante „Stadtparlament tagt neu in der Pfalz“**

Am 26. Juni 2007 erklärte das Stadtparlament das Postulat „Waaghaussanierung: Chance für Neukonzept“ mit folgendem Wortlaut erheblich:

„Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und allenfalls wo für das Stadtparlament ein neuer Tagungsort realisiert und wie das Waaghaus unter Einhaltung des denkmalpflegerischen Schutzzumfangs gesamthaft saniert und genutzt werden soll.“

Dieses Postulat wurde vom Stadtparlament sieben Jahre später, am 1. Juli 2014, als erledigt abgeschrieben, weil das Stadtparlament in der Zwischenzeit, am 1. April 2014, bei der Dis-



kussion der Motion „Sanierung des Waaghauses“, nicht den Motionsauftrag gemäss Vorschlag des Präsidiums erheblich erklärt hatte (nämlich eine Vorlage für die Sanierung des Waaghauses gemäss dem Wettbewerbssiegerprojekts AOI zu unterbreiten), sondern einen weniger umfassenden Motionsauftrag (nämlich eine Vorlage zur Sanierung der dringlichsten Mängel des Waaghauses zu unterbreiten).

Am 12. Januar 2016 erklärte das Stadtparlament das Postulat „Pfalz der Politik!“ mit folgendem Wortlaut erheblich:

„Das Präsidium des Stadtparlaments wird eingeladen, die Frage der Verlegung des Stadtparlaments in den Kantonsratssaal in zeitlicher, finanzieller und historischer Hinsicht zu prüfen, Bericht zu erstatten und dem Parlament allenfalls Antrag zu stellen.“

Man muss sich bewusst sein: wenn das Stadtparlament nicht mehr im Stadtparlamentssaal im Waaghaus tagt, heisst das nicht, dass das Waaghaus leer steht. Das Waaghaus-Erdgeschoss ist jährlich während rund 80 Tagen belegt. Während diesen rund 80 Tagen ist auch der Waaghaussaal im ersten Obergeschoss gesperrt, weil die EG-Veranstaltungen während der Fasnacht, der OFFA und der OLMA sowie der Weihnachtsmarkt gleichzeitige Veranstaltungen im Waaghaussaal verunmöglichen. Der Waaghaussaal ist jährlich während rund 55 Tagen durch Veranstaltungen belegt. Der Stadtparlamentssaal weist jährlich rund 25 Veranstaltungen auf, wovon etwa die Hälfte Sitzungen des Stadtparlaments sind. Insgesamt ergibt dies im ganzen Haus rund 240 Belegungstage.

Bei einer Verlegung der Stadtparlamentssitzungen in den Kantonsratssaal würden daher mehr als 90 % der Veranstaltungen weiterhin im Waaghaus verbleiben. Allerdings würde sich das höchste politische Organ der Stadt St.Gallen von dieser Liegenschaft verabschieden.

Der Zeitpunkt für einen allfälligen Umzug des Stadtparlaments in den Kantonsratssaal in der Pfalz ist grundsätzlich frei wählbar. Allerdings bietet sich v.a. der Beginn einer neuen Legislatur dafür an, also der Januar 2017.

Bei den bisherigen Diskussion darüber sprachen sich die einen Mitglieder dafür aus, diesen Umzugsentscheid aufgrund der besseren Eignung des einen oder anderen Saals für die Sitzungen des Stadtparlaments zu fällen. Andere argumentierten, vor einem Auszugsentscheid müsse klar sein, welchen Zweck das Waaghaus nach einem allfälligen Auszug des Stadtparlaments erfüllen solle. Dies kann einerseits der bisherige Zweck sein, also die jährlich rund 240 Belegungstage im Waaghaussaal im ersten Obergeschoss und im Erdgeschoss. Andererseits kann es ein neuer Zweck sein, der noch zu definieren wäre. In diesem Zusammenhang müsste geklärt werden, ob dann die bisherigen Veranstaltungen im Waaghaus noch in der gleichen Form möglich wären, wo diese Veranstaltung allenfalls sonst stattfinden können, oder ob sie nicht mehr stattfinden können, weder im Waaghaus noch anderswo. Diese



Überlegungen sind vom Stadtrat im Rahmen des ebenfalls am 12. Januar 2016 erheblich erklärten, folgenden Postulatsauftrags anzustellen:

„Wir laden den Stadtrat ein, zu prüfen, welche Möglichkeiten in baulicher, finanzieller und zeitlicher Hinsicht bestehen,

1. das Erdgeschoss des Waaghauses im Sinne eines ständigen Marktes zu nutzen,
2. den Rest des Waaghauses einer nach Möglichkeit privat organisierten gastronomischen, kulturellen oder sonstigen Nutzung zuzuführen und
3. das Taubenloch im Rahmen der anstehenden Umgestaltung / Sanierung des Marktplatzes baulich so zu verändern, dass es neu insbesondere für Veranstaltungen genutzt werden könnte, welche bislang im Waaghaus stattfanden.

Wir bitten den Stadtrat Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag an das Stadtparlament zu stellen.“

Die Erarbeitung dieses Postulatsberichts ist beim Stadtrat pendent.

## **6 Hängige Aufträge des Stadtparlaments zum Waaghaus**

Es sind gegenwärtig also eine Motion und zwei Postulate hängig, die einen Bezug zum Waaghaus aufweisen, und die thematisch voneinander abhängig sind:

### **6.1 Motion „Sanierung des Waaghauses“ vom 1. April 2014 an den Stadtrat**

„Der Stadtrat wird eingeladen, dem Stadtparlament eine Vorlage zur Sanierung der dringlichsten Mängel des Waaghauses zu unterbreiten.“

### **6.2 Postulat „Pfalz der Politik!“ vom 12. Januar 2016 an das Präsidium des Stadtparlaments**

„Das Präsidium des Stadtparlaments wird eingeladen, die Frage der Verlegung des Stadtparlaments in den Kantonsratssaal in zeitlicher, finanzieller und historischer Hinsicht zu prüfen, Bericht zu erstatten und dem Parlament allenfalls Antrag zu stellen.“

### **6.3 Postulat „Waaghaus und Taubenloch fürs Volk!“ vom 12. Januar 2016 an den Stadtrat**

„Wir laden den Stadtrat ein, zu prüfen, welche Möglichkeiten in baulicher, finanzieller und zeitlicher Hinsicht bestehen,

1. das Erdgeschoss des Waaghauses im Sinne eines ständigen Marktes zu nutzen,
2. den Rest des Waaghauses einer nach Möglichkeit privat organisierten gastronomischen, kulturellen oder sonstigen Nutzung zuzuführen und



3. das Taubenloch im Rahmen der anstehenden Umgestaltung / Sanierung des Marktplatzes baulich so zu verändern, dass es neu insbesondere für Veranstaltungen genutzt werden könnte, welche bislang im Waaghaus stattfanden.

Wir bitten den Stadtrat Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag an das Stadtparlament zu stellen.“

#### **6.4 Zeitschiene und gegenseitige Abhängigkeiten der drei hängigen Motions- bzw. Postulatsaufträge**

Es soll nun nicht so weitergehen wie in den vergangenen 15 Jahren, wo keine Sanierung des Waaghauses beschlossen werden konnte, weil jeder anstehende Entscheid jeweils mit einem anderen Entscheid verknüpft wurde, der zunächst zu treffen sei, wobei aber keiner dieser Entscheide je getroffen wurde.

Am schnellsten kann die Entscheidung betreffend Postulatsauftrag „Pfalz der Politik!“, also zum Tagungsort des Stadtparlaments gefällt werden. Diese Entscheidung ist innert weniger Monate möglich, falls sie unabhängig davon gefällt wird, welcher Nutzung das Waaghaus nach einem allfälligen Auszug des Stadtparlaments in die Pfalz weiterhin dient oder neu zugeführt wird.

Mehr Zeit benötigt die Vorbereitung einer Beschlussfassung über den Motionsauftrag „Sanierung des Waaghauses“, also zur Sanierung der dringlichsten Mängel des Waaghauses. Diese Beschlussfassung benötigt Klarheit darüber, ob das Waaghaus Tagungsort des Stadtparlaments bleibt oder nicht. Wenn dann Klarheit über den Tagungsort des Stadtparlaments besteht, benötigt die detaillierte Vorbereitung eines Kreditantrags für die Sanierung der dringlichsten Mängel des Waaghauses Zeit, weil die Vorlage von 2002 nicht einfach unverändert übernommen werden kann. Je nach nötiger Kredithöhe wird die Vorlage danach im Stadtrat, in der Baukommission und im Stadtparlament mehr oder weniger Diskussionen und somit Zeitbedarf auslösen. Ausgehend von der beantragten Kredithöhe der Vorlage von 2002 (CHF 1.77 Mio.) würde ein solcher Beschluss des Stadtparlaments dem fakultativen Referendum unterstehen (ab CHF 750'001), so dass auch eine Volksabstimmung darüber herbeigeführt werden kann. Eine definitive Entscheidung kann also ohne weiteres ein bis zwei Jahre Zeit benötigen.

Am meisten Zeit benötigt die Vorbereitung einer Beschlussfassung über den Motionsauftrag „Waaghaus und Taubenloch fürs Volk!“. Auch diese Beschlussfassung benötigt Klarheit darüber, ob das Waaghaus Tagungsort des Stadtparlaments bleibt oder nicht. Nach zwei gescheiterten Volksabstimmungen über eine Neugestaltung des Marktplatzes benötigen die Vorbereitung einer dritten Vorlage und der politische Prozess über Stadtrat, vorberatende Baukommission und Beschlussfassung durch das Stadtparlament sowie die – wegen der Höhe des Kreditbetrags – wohl obligatorische Volksabstimmung möglicherweise Jahre. Es



scheint sehr wohl möglich, dass die Frage nach der Nutzung des Waaghauses und des Taubenlochs getrennt beantwortet und einer Entscheidung über die Realisierung zugeführt werden sollten, um eine allfällige neue Marktplatzvorlage nicht zu überladen.

Falls nicht – wie in den vergangenen fünfzehn Jahren – sämtliche Entscheidungen mit anderen Entscheidungen verknüpft bleiben sollen, aber keine dieser Entscheidungen gefällt wird, muss daher innert nützlicher Frist eine dieser Entscheidungen gefällt werden. Die früheste Möglichkeit dafür ist die Entscheidung über den Tagungsort des Stadtparlaments, unabhängig davon, wie das Waaghaus nach einem allfälligen Auszug des Stadtparlaments in die Pfalz genutzt wird. Falls das Stadtparlament diesen Entscheid erst in Kenntnis der zukünftigen Nutzung des Waaghauses fällen möchte, wird es nochmals Jahre dauern, bis ein Entscheid gefällt werden kann.

## **7 Prüfung in zeitlicher Hinsicht**

Hier sind die folgenden Fragen zu beantworten:

- Lassen sich angesichts der prioritären Belegungen des Kantonsratssaals Sitzungstermine für das Stadtparlament finden?
- Welchen zeitlichen Vorlauf braucht es für eine Verlegung des Tagungsortes des Stadtparlaments in den Kantonsratssaal?
- Per wann könnte das Stadtparlament seinen Tagungsort in den Kantonsratssaal verlegen?

### **7.1 Lassen sich Sitzungstermine für das Stadtparlament im Kantonsratssaal finden?**

Ja. Um für beide Varianten – Verbleib des Stadtparlaments im Waaghaus; Umzug des Stadtparlaments in den Kantonsratssaal – gerüstet zu sein, wurden die Sitzungsdaten des Stadtparlaments für das Jahr 2017 sowohl im Stadtparlamentssaal im Waaghaus als auch im Kantonsratssaal in der Pfalz reserviert. Die Sitzungsdaten des Kantonsrats für 2017 wurden Anfang Mai 2016 nochmals geändert; für die am 13. Juni 2017 geplante Stadtparlamentssitzung muss eine neue Lösung gefunden werden, weil jetzt der Kantonsrat an diesem Datum tagt.

Schon bisher - für die Sitzungen des Stadtparlaments im Waaghaus – war eine ganze Reihe von Termin-Restriktionen zu beachten:

- keine Sitzung in den Schulferien;
- keine Sitzung in der ersten Woche nach den Schulferien, weil sonst alle vorberatenden parlamentarischen Kommissionen (spezielle Regelung für die Baukommission, siehe unten) in den Schulferien tagen müssten;



- nach Möglichkeit keine Sitzung in der zweiten Woche nach den Schulferien, weil sonst die Baukommission, welche jeweils in der vorletzten Woche einer Stadtparlamentssitzung tagt, in den Schulferien tagen müsste (diese Restriktion konnte kaum je eingehalten werden);
- Sitzungsabstand bei ordentlichen Sitzungen von mindestens drei Wochen, weil sonst der Versand der Unterlagen für die zweite Sitzung (der gemäss Geschäftsreglement des Stadtparlaments 18 Tage vor der Stadtparlamentssitzung bei den Mitgliedern eintreffen muss) bereits vor dem Abhalten der ersten Sitzung durchgeführt werden müsste, so dass man noch gar nicht wüsste, wie viele Traktanden von der ersten Sitzung auf die zweite Sitzung übertragen werden müssen;
- möglichst keine Sitzung während Kantonsratssessionen (weil einzelne Stadtparlaments- und Stadtratsmitglieder gleichzeitig auch Kantonsratsmitglieder sind) (diese Restriktion konnte nicht bei allen Kantonsratssessionen eingehalten werden);
- möglichst keine Sitzung in der Woche nach Kantonsratssessionen, weil sonst die GPK-Sitzung am Mittwoch Nachmittag vor der Stadtparlamentssitzung mit der Kantonsratssession kollidiert, falls diese auch den Mittwoch Nachmittag benötigt (einzelne GPK- und Stadtratsmitglieder sind gleichzeitig auch Kantonsratsmitglieder) (diese Restriktion konnte kaum je eingehalten werden);
- möglichst keine Sitzung während der Fasnacht, weil man dann wegen der Guggenmusiken und der Fasnachtsbeiz im Waaghaus-Erdgeschoss im Stadtparlamentssaal das eigene Wort kaum versteht (oder Ausweichen in die Pfalz; dann darf dort aber keine Sitzung des Kantonsrats, des Katholischen Kollegiums oder der Synode der evangelisch-reformierten Kirche des Kantons St.Gallen tangiert werden);
- möglichst keine Sitzung während „New Orleans meets St.Gallen“, weil man dann ab 18 Uhr im Waaghaus das eigene Wort kaum versteht (oder Ausweichen in die Pfalz; dann darf dort aber keine Sitzung des Kantonsrats, des Katholischen Kollegiums oder der Synode der evangelisch-reformierten Kirche des Kantons St.Gallen tangiert werden);
- alle drei Jahre spezielle Kinderfest-Regelung (wie 2015, wo die ordentliche Juni-Sitzung ausgefallen wäre, falls an diesem Tag das Kinderfest stattgefunden hätte; die Juni-Aufräumsitzung wäre dann als ordentliche, aber open-end-Sitzung durchgeführt worden.

Falls das Stadtparlament neu im Kantonsratssaal tagen sollte, wäre die oben stehende Restriktion gemäss fünftem Spiegelstrich zwingend einzuhalten, weil der Kantonsrat und das Stadtparlament nicht gleichzeitig im gleichen Saal tagen können.



## **7.2 Zeitlicher Vorlauf eines Umzugs in den Kantonsratssaal**

Der Entscheid für einen Umzug des Stadtparlaments in den Kantonsratssaal muss so frühzeitig fallen, dass bis zum Umzugstermin Zeit bleibt zum Definieren und Schulen der neuen Arbeitsabläufe der städtischen Parlamentsdienste im Kantonsratssaal. Dies kann bereits vor dem Entscheid vorbereitet werden, hätte aber den Nachteil, dass bei einem allfälligen Entscheid für einen Verbleib des Stadtparlaments im Waaghaus diese Vorbereitungsarbeiten als blosser Eventualplanung gar nicht nötig gewesen wären.

Zudem müssen vor der ersten Sitzung des Stadtparlaments im Kantonsratssaal die persönlichen Abstimmungs-Badges für die elektronische Abstimmungsanlage hergestellt werden. Sie können erst nach der Neuwahl des Stadtparlaments am 25. September 2016 angefertigt werden, weil erst dann die Namen der 63 Mitglieder des Stadtparlaments für die Amtsdauer 2017 – 2020 feststehen. Die Zeit bis Ende 2016 wird dafür sicher ausreichen.

## **7.3 Zeitpunkt eines Umzugs in den Kantonsratssaal**

Der Zeitpunkt eines Umzugs in den Kantonsratssaal in der Pfalz ist grundsätzlich frei wählbar. Sinnvoll erscheint es, einen Umzug wenn möglich auf den Beginn einer neuen Legislaturperiode zu vollziehen, also auf Januar 2017.

# **8 Prüfung in finanzieller Hinsicht**

## **8.1 Investitionsvergleich für Sitzungen des Stadtparlaments im Waaghaus und in der Pfalz**

Der Investitionsvergleich fällt zu Gunsten von Sitzungen des Stadtparlaments in der Pfalz aus; allerdings dürfen nicht nur die Sitzungen des Stadtparlaments bzw. die sich daraus ergebenden Investitionen betrachtet werden.

Elektronische Abstimmungsanlage:

Obwohl die jüngste Diskussion um den Tagungsort des Stadtparlaments wegen der Investition in eine elektronische Abstimmungsanlage im Waaghaus entbrannte (Kostenpunkt rund CHF 20'000, siehe Vorlage „Frage der Einführung von elektronischen Abstimmungen im Stadtparlament; Nachtrag IV zum Geschäftsreglement des Stadtparlaments vom 14. September 2004 (sRS 151.1), die vom Stadtparlament am 15. September 2015 diskutiert und entschieden wurde, sowie Ziffer 11.1 weiter unten), sind es nicht diese CHF 20'000, die entscheidend sind.

Weil der Kantonsratssaal in der Pfalz für die Bedürfnisse rund um die Sitzungen des kantonalen Parlaments mit 120 Mitgliedern sowie des Katholischen Kollegiums und der Synode der evangelisch-reformierten Kirche des Kantons St.Gallen mit je 180 Mitgliedern ausgerüstet ist, können auch die Bedürfnisse des Stadtparlaments mit 63 Sitzen abgedeckt werden. Es



fallen daher bei einer Verlegung der Stadtparlamentssitzungen in den Kantonsratssaal keine Investitionen in der Pfalz an.

Baulicher Unterhalt des Waaghauses:

Auch bei einem Auszug des Stadtparlaments aus dem Waaghaus werden dort Investitionen anfallen; zwar nicht für den Betrieb des Stadtparlaments, aber doch für die weitere Nutzung des Waaghauses, falls dieses nicht dem langsamen Verfall ausgesetzt werden soll, was absolut auszuschliessen ist.

Man muss sich bewusst sein, dass neben den jährlich rund zwölf Sitzungen des Stadtparlaments im Waaghaus im Waaghaus-Saal vis-à-vis, ebenfalls im ersten Obergeschoss, rund 135 Belegungstage jährlich vorhanden sind, und dass im Waaghaus-Erdgeschoss ebenfalls rund 80 Belegungstage jährlich vorhanden sind. Im Stadtparlamentssaal selber würden nur noch die zwei bis drei jährlichen Sitzungen des Katholischen Kirchgemeindeparlaments St.Gallen stattfinden, sowie einzelne weitere Veranstaltungen.

Früher oder später werden also Sanierungs-Investitionen für das Waaghaus unumgänglich sein, entweder für eine Sanierung der dringlichsten Mängel oder für eine grosse Sanierung, allenfalls verbunden mit einem Umbau.

## **8.2 Betriebsaufwandsvergleich für Sitzungen des Stadtparlaments im Waaghaus und in der Pfalz**

In einer Vereinbarung vom 3. November 2014, in Kraft seit 1. Dezember 2014, haben der Staatssekretär und der Stadtschreiber gegenseitige Mietfreiheit für die Benützung einer ganzen Reihe von Sälen im Regierungsgebäude und im Rathaus bzw. Waaghaus bzw. St.Katharinen vereinbart. Das Stadtparlament müsste also für die Benützung des Kantonsratssaals keine Miete bezahlen. Von dieser Regelung ausgenommen sind allfällige Bereitstellungs- und Reinigungskosten. Es würde eine Reinigungspauschale von rund CHF 300 nach jeder Sitzung erhoben.

Alle anderen nötigen Funktionen wie die Besetzung der Zutrittsloge im Mittelbau des Regierungsgebäudes, das Begleiten von interessierten Gehbehinderten über den Hof beim Karls- tor zum Lift und bis zum Zuschauerbereich sowie das Bedienen der elektronischen Anlagen können nach einer Anlernzeit von städtischen Mitarbeitenden geleistet werden; es brauche dann keine kantonalen Angestellten mehr dafür.

Leistungen eines externen Caterers für den Betrieb des Ratsstübli müssten getragen werden; das ist aber schon heute im Waaghaus so, falls es einen Imbiss gibt, z.B. bei Aufräum- sitzungen. Die Häufigkeit einer solchen Bewirtung hat nichts mit der Frage zu tun, ob das Stadtparlament im Waaghaus oder in der Pfalz tagt.



## 9 Prüfung in historischer Hinsicht

### 9.1 Bisherige Tagungsorte des städtischen Parlaments St.Gallen

Von 1918 bis 1963, also in den ersten 45 Jahren nach Gründung, tagte das städtische Parlament St.Gallen in erster Linie im Saal des kantonalen Parlaments in der Pfalz; für einzelne Sitzungen oder kurze Perioden wurden auch andere Lokalitäten benutzt (Kleiner Tonhalle-saal; Gewerbeschulhaus St.Mangen; Vortragssaal des Neuen Museums (heute: Historisches und Völkerkundemuseum); Hotel Schiff, Multergasse; Schützengarten; Restaurant Uhler (stand an der Bogenstrasse / Lustgartenstrasse); Rathaus).

In den bisher gut 52 Jahren seit dem 21. September 1963 tagte das städtische Parlament St.Gallen im Waaghaus; für eine Sitzung im Jahr 1992 wurde ins Rathaus ausgewichen, für vier einzelne Sitzung in den Jahren 1997, 1999, 2003 und 2012 wurde in den Saal des kantonalen Parlaments in der Pfalz ausgewichen.

### 9.2 Waaghaus

Zur Geschichte des Waaghauses kann im **Werk „Die Baudenkmäler der Stadt St.Gallen“**, bearbeitet von August Hardegger, Salomon Schlatter und Traugott Schiess, St.Gallen **1922**, unter dem Titel „Das Kauf-, Gred- oder Waghaus beim Brühlthor“ auf den Seiten 372 – 375 Folgendes nachgelesen werden:

„Im Jahre 1466 verlieh Kaiser Friedrich III. der Stadt St.Gallen das Recht, Gred- oder Kaufhäuser zur Niederlage von Kaufmannsgütern zu errichten und Zölle, Niederlagsgelder etc. zu erheben. Von dieser Freiheit dürfte die Stadt zunächst für die Errichtung eines Gredhauses in Steinach Gebrauch gemacht haben, das damals bestimmt schien, der Bodenseehafen für St.Gallen zu werden. Dann gab der Neubau der Metzge 1475 Gelegenheit, mit derselben ein Kaufhaus zu verbinden, indem der obere Stock als solches eingerichtet wurde. Als dann bei der Ausscheidung zwischen Kloster und Stadt (1566) letzterer das Gewölbe hinter St.Laurenzen zugefallen war, fand dieses Verwendung als Niederlagshaus für Kaufmannsgüter. Zu Anfang der achtziger Jahre aber musste die Verlegung desselben ins Auge gefasst werden, weil auf diesem Gewölbe ein Schulhaus errichtet werden sollte. Dafür bot sich fast als einziger noch freier Platz das Bohl, d.h. die Gegend zwischen Metzge und Brühlthor, wo ein Stück des alten Stadtgrabens erhalten war, in dem der Irabach noch offen floss. Durch seine Lage am grossen Marktplatz und beim Brühlthor erschien dieser Platz besonders geeignet. Im Juni 1581 wurde eine Kommission eingesetzt „von wegen des Grabens by dem Brühlthor, und was daruf ze buwen sin möchte“, und noch im gleichen Monat beschloss der Grosse Rat, „dass man welle ein Huss zur Fhurwaag, ouch den Kouffmansgüeteren, uf den alten Endtengraben by dem Brülthor buwen und dann oben uf zwei Kornschüttinen ob ainandrent“, und erteilte der Kommission Vollmacht zur Ausführung. Dieselbe verzögerte sich aber, vielleicht der stark grassierenden Pest wegen. Im Januar 1582 bestimmte deshalb der



Rat wegen der Niederlage für fremde Kaufmannsgüter, man solle „bis uf glegne zit sich in S.Joannis Kirchen mit denselben behelfen“ und einen Schopf für Ladung und Entladung der Wagen erstellen. Auch im folgenden Jahr liessen es die sorglichen Zeitläufte rätlich erscheinen, mit den geplanten Bauten, ausgenommen der Neubau der Walke an der Sitter, stillzustehen. Erst 1584 wurde der Bau des Gredhauses ernstlich an die Hand genommen. Trotz gewisser Bedenken, die von den Nachbarn erhoben wurden, beschloss der Rat, ihn gemäss Plan aufzuführen, und der Rohbau wurde offenbar im Laufe des Jahres vollendet. Dann folgte 1585 der innere Ausbau in notdürftiger Weise mit Böden („tilinen“) und Treppen, ohne Zwischenwände. Den Kaufleuten wurden „Trucken zu Gehaltern“ erstellt und auf den Boden Bretter gelegt, ebenso für die Kornschütten. Im November bestellte der Rat eine Kommission für die Festsetzung der neuen Gredordnung. Den Anstössern hinter dem neuen Haus, an der jetzigen Brühlgasse, wurde 1588 der zwischen ihm und ihren Häusern gelegene Platz zur Anlage von Gärten überlassen; doch behielt sich die Stadt einen Gang dem Gredhaus entlang bis an die Ringmauer vor und das Recht, den Platz, falls sie seiner bedürfe, unentgeltlich wieder an sich zu ziehen.

Das damals errichtete Gebäude, als dessen Erbauer zuversichtlich der städtische Werkmeister Wolfgang Vögeli betrachtet werden darf, erinnert in seinem Äussern an das ehemalige Tuchhaus. Seine breit hingelagerte Westseite mit dem markigen Treppengiebel bildete zusammen mit dem Turm des Brühltores und dem Notenstein einen kräftigen Abschluss des grossen Marktplatzes, dessen östlicher Teil, das Bohl, hauptsächlich dem Holzmarkt zugewiesen war. Seiner Bestimmung als Kauf-, Gred- und Waghaus diente der Neubau bis weit ins 19. Jahrhundert hinein. Die Heuwage oder vielmehr deren mächtiger Wagebalken hing aus einem der Fenster im ersten Stock gegen den Marktplatz heraus. Erst die Erbauung der Eisenbahn und des am Bahnhof gelegenen Zoll- und Niederlagshauses brachte eine Änderung. Nach dem Abbruch des alten Rathauses wurde nicht nur das Türmchen mit der Feuerglocke vom Dach des Rathauses auf das Kaufhaus versetzt und die Uhr in dessen Westgiebel eingebaut, sondern das Kaufhaus hatte auch die Polizei-Hauptwache mit den nötigen Bureaux und Arrestlokalen (bis in neueste Zeit) aufzunehmen. Die grossen Parterreräume wurden nicht lange nachher zu einem guten Teil der eidgenössischen Post für Einrichtung einer Filiale vermietet.“

Das Waaghaus wurde also in den 1580er Jahren, in einer Boomzeit der Stadt St.Gallen erstellt. 360 Jahre später, in den 1940er und 1950er Jahren, war es in einem sehr schlechten Zustand.

In dem **1957** erschienenen, von Dr.h.c. Erwin Poeschel verfassten Band der „**Kunstdenkmäler der Schweiz**“, welcher der Stadt St.Gallen gewidmet ist, wurde das Kaufhaus vom kunsthistorischen Standpunkt aus eingehend gewürdigt. Daraus ist im Wesentlichen zu entnehmen, dass es den letzten Bau eines Typus darstellt, der für die alte Stadt St.Gallen und den ganzen süddeutschen Kulturkreis kennzeichnend sei. Das quer zur Randbebauung der



Altstadt gestellte Gebäude wird als ein Meisterstück früherer Städtebaukunst gepriesen, das den Bohl harmonisch abschliesse und so die Geschlossenheit der Altstadt eindrücklich markiere.

War die Nutzung des Waaghauses u.a. als Tagungsort des städtischen Parlaments ab Herbst 1963 bloss eine Verlegenheitslösung, um das Waaghaus zu beleben, oder wurde schon lange zuvor intensiv nach einem eigenen Saal für das städtische Parlament gesucht? In den Quellen lassen sich folgende Hinweise finden:

- Vorlage an die Bürgerschaft über Arbeitsbeschaffungsmassnahmen in der Kriegskrisenzeit vom 13. April 1945: Diese Vorlage wurde im Hinblick auf eine allfällige Nachkriegskrise (wie nach dem Ersten Weltkrieg) zur Abstimmung gebracht. Der Umbau des Kaufhauses (Waaghauses) wurde darin als eine Massnahme aufgeführt. Schon damals war geplant, einen Saal im Obergeschoss einzubauen, der „auch den Sitzungen des Gemeinderates dienen soll“. (Stadtarchiv St.Gallen (StadtASG), 6/3/510 VIII, Zitat aus S. 9 der Vorlage). Die Vorlage wurde von den Stimmberechtigten angenommen, jedoch nicht umgesetzt, weil die erwartete Arbeitslosigkeit nicht eintrat.
- In der Vorlage des Stadtrates an den Gemeinderat vom 9. Juni 1958 über die Renovation des Kaufhauses steht: „Endlich kann die dem Projekt vom Jahre 1945 zugrunde gelegte Idee, einen Gemeinderatssaal zu schaffen, wieder aufgenommen werden (StadtASG, 5/189/20, Vorlage vom 9. Juni 1958, S. 5).
- Vorlage an die Bürgerschaft über den Neubau eines Post- und Verwaltungsgebäudes an der Brühlgasse und die Renovation des Kaufhauses vom 15. Juli 1958: Wie schon in der Vorlage an den Gemeinderat erwähnt der Stadtrat, die Idee von 1945 könne mit der Vorlage wieder aufgenommen werden, nämlich „einen Sitzungssaal für den Gemeinde- und Schulrat sowie andere Organe zu schaffen“. Und weiter: „Die Schaffung beider Räume [der Säle des Obergeschosses] entspricht einem ausgewiesenen Bedürfnis.“ (StadtASG, 6/3/510 VIII).
- Als eine Art offizöse Einweihungsschrift für das renovierte Waaghaus entstand Hilty, Hans: Das Waaghaus am Bohl in St.Gallen, Auszug aus der Zeitschrift „Heimatschutz“, 59. Jg, Nr. 4, Dezember 1964. Darin schreibt Hilty: „Das Obergeschoss [des Waaghauses] wurde im Innern stark umgestaltet. An Stelle der alten ‚Gehalter‘ entstanden hier zwei grosse Säle, gegen den Bohl hin der längst gewünschte Gemeinderatssaal, gegen Osten ein Saal für Empfänge.“

Aus diesen Quellen kann geschlossen werden, dass die Ausstattung des Waaghauses mit einem Gemeinderatssaal ganz sicher keine Verlegenheitslösung war, weil man nicht gewusst hätte, was man sonst ins Waaghaus hätte einbauen sollen.

Im **Bericht des Stadtrats an die Bürgerschaft zur Gemeindeabstimmung vom 28. September 1958** („Abstimmungsbüchlein“) wurde erläutert, die städtebauliche, architektonische und



verkehrstechnische Gestaltung des östlichen Zugangs zur Altstadt beim Brühltor habe die Behörden wie auch die Öffentlichkeit schon seit Jahrzehnten beschäftigt. Das Kaufhaus sei der letzte bedeutende bauliche Zeuge der alten Stadtrepublik St.Gallen. Es sei deshalb eine Ehrenpflicht der heutigen Generation, die wenigen noch übrig gebliebenen historischen Bauten zu erhalten und der Nachwelt als Wahrzeichen einer ehrwürdigen Vergangenheit zu überliefern. Im Hinblick auf die kunsthistorische Bedeutung des Kaufhauses habe gestützt auf die eidgenössische Verordnung über die Förderung der Denkmalpflege vom 18. August 1955 eine namhafte Bundessubvention erhältlich gemacht werden können. Der Bundesrat habe in der Überzeugung, dass „alles getan werden müsse, um das städtebaulich, architektonisch und kulturgeschichtlich wertvolle Kaufhaus zu erhalten“, an die subventionierbaren Kosten der Restaurationsarbeiten einen höchstmöglichen Bundesbeitrag von 25 %, im Maximum CHF 125'990, zugesichert, wodurch das Baudenkmal gleichzeitig unter Bundesschutz gestellt würde. Der Kredit für die Renovation des Kaufhauses betrug (nach Abzug der Bundessubvention) CHF 744'010.

Die **Volksabstimmung vom 28. September 1958** betreffend Neubau eines Post- und Verwaltungsgebäudes an der Brühlgasse und die **Renovation des Kaufhauses** ergab folgendes Resultat: 6'448 Ja gegen 6'147 Nein, also eine Ja-Mehrheit von 51.2 % mit einer Stimmendifferenz von 301. Dieser Mehrheit ist es zu verdanken, dass das Waaghaus heute überhaupt noch steht. Die Stimmbeteiligung betrug 68.2 %; es waren 18'983 Personen stimmberechtigt (das waren damals die über 20jährigen, männlichen Schweizer; Frauen hatten damals noch kein Stimmrecht).

In einem **Dienstbarkeitsvertrag von Dezember 1958 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft** (vertreten durch Bundesrat Rudolf Etter) **und der Politischen Gemeinde St.Gallen** (vertreten durch Stadtrat Robert Pugneth) wurde die folgende Belastung des Grundstücks mit dem Waaghaus vereinbart:

„Das Objekt ist in dem durch die Restaurierung geschaffenen Zustand unverändert zu erhalten und sachgemäss zu erhalten.

Ausser dem laufenden Unterhalt dürfen daran keine Arbeiten vorgenommen werden, ohne dass vorher die Zustimmung des Eidg. Departements des Innern eingeholt worden ist.

Das Objekt ist der Allgemeinheit zugänglich zu machen, soweit sein Zweck es erlaubt.“

Falls Bedingungen des Bundes nicht erfüllt würden, könne dies jederzeit den Rückzug des bewilligten Bundesbeitrages und, unter Ausschluss der Einrede der Verjährung, die Rückforderung der vom Bunde geleisteten Zahlungen nebst dem gesetzlichen Zins seit deren Anweisung nach sich ziehen.

In der **Sonntagsausgabe des St.Galler Tagblatts vom 23. Juli 1961** schrieb Heinrich Edelmann in seinem Artikel „Das Kaufhaus wird neu- und ausgestaltet“ unter anderem:



„Anbrechen wird der Tag – vielleicht über Jahresfrist und einer angemessenen Zugabe – da der würdige, alte Bau ‚potzt ond gstrählet‘, aber sauber instandgestellt, sein neues Tor angelweit den hochwohlmögenden Ratsherren unserer Stadt öffnen wird zum feierlichen Einzug, damit sie nicht mehr auf fremden Bänken (womöglich in einer Wirtschaft) über das Geschick unseres Gemeinwesens zu befinden haben werden, sondern in eigener Stube behaglicher sich wohl fühlen dürfen.

Damit tritt das Kaufhaus, funktionell und repräsentativ, an die Stelle des 1877 auf dem Markt abgebrochenen Rathauses, an das neben begehrten, alten Stichen einzig noch die Ratsstube im Historischen Museum erinnert. Als letzter, markanter Zeuge aus dem baufreudigen XVI. Jahrhundert stellt jenes an die Wahrer von öffentlichem Denkmalschutz und –pflege die Aufgabe, neben einer sachgemässen Instandstellung des Äusseren für eine formale Innenausstattung zu sorgen, die jenem und zugleich einer neuen Zweckbestimmung des alten Baues entspricht; denn dieser bestand ursprünglich nur aus der einfachen, aber als Platzabschluss neben dem Brüeltor eindrucksvollen Bauschale.

...

In der Zeit der Entstehung des Kaufhauses klärten sich die letzten, seinerzeit zwischen Stift und Stadt umstrittenen Hoheitsrechte ab, damit auch die Grundlagen einer bürgerlichen Baupolitik, welche grosszügig planend aufräumte mit dem unmöglich gewordenen Simultanverhältnis der beiden Kontrahenten, von selbst erwachsen aus den Anfängen der städtischen Siedelungen im ‚Loch‘ (Gallusplatz) und allmählich gegen Norden (heutiger Marktplatz) entwickelt.

...

Als nach Eröffnung der Bahnlinie St.Gallen – Winterthur (1856) an der Stelle des heutigen Rathauses [am heutigen Kornhausplatz], der alten Hauptpost, ein neues Niederlagshaus entstand, fand vorübergehend die bisher im Spital an der Marktgasse, wo die öffentlichen Bauten nun eine nach der andern dem neuen Geist der ‚Gründerzeit‘ geopfert wurden, einlogierte Polizeiwache im Kaufhaus Unterkunft. Von 1876 an folgten die nachgerade stark frequentierte Postfiliale und Provisorien städtischer Ämter – il n’ y a que le provisoire qui dure! – Ja, vor die Ostfassade kam, um die ganze Abscheulichkeit jener Epoche zu dokumentieren, noch die gutgehende ‚Schmiedstube‘ [abgebrochen 1924] zu stehen.“

Die Renovation des Kaufhauses zum Waaghaus, wie wir es seit 1963 kennen, als Tagungs-ort des Stadtparlaments St.Gallen wurde von den politischen Institutionen in der Ostschweiz zum Anlass genommen, die Stadt mit der künstlerischen Ausstattung des Waaghauses zu beschenken:

- Die Regierung des Kantons St.Gallen finanzierte für die Nordseite des Foyers im 1. Obergeschoss ein fünfteiliges Glasbild von Ferdinand Gehr.



- Die Regierung des Kantons Appenzell Ausserrhoden, die Stadt Rorschach, die Stadt Gossau, die Ortsbürgergemeinde St.Gallen, die Ortsbürgergemeinde Rotmonten, die Ortsbürgergemeinde Straubenzell und die Ortsbürgergemeinde Tablat finanzierten jeweils ihre Darstellung im Wappenzyklus der Fenster von Walter Burger im Ratssaal selbst.

In einer **Stellungnahme mit dem Titel „Das Waaghaus in St.Gallen und der angemessene denkmalpflegerische Umgang mit Nutzung und Bausubstanz“ vom 30. April 2002** hat sich **Prof. Dr. Georg Mörsch** geäußert, emeritierter Kunsthistoriker und Denkmalpfleger der ETH Zürich:

„Das Waaghaus in St.Gallen gehört zu einer besonders wichtigen Gruppe städtischer Funktionsbauten des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit, in denen sich nicht nur das Funktionieren städtischen Handels und Wandels unmittelbar zeugenhaft ablesen lassen, sondern in denen sich auch der Anspruch der Städte auf demonstratives Zurschaustellen ihres Reichtums und ihrer Leistungsfähigkeit stellvertretend für das Stadtganze manifestieren.

...

Viele dieser Bauten haben dem Wandel städtischer Funktionen, städtebaulicher Entwicklung und architektonischer Repräsentation nicht standhalten können. Sind sie noch erhalten, wie z.B. in den flämischen Tuchhallen oder italienischen Palazzi Communalì, so bilden sie auch heute zentrale öffentliche Nuclei städtischer Repräsentanz und städtischer Funktion.

...

Wesentliche Eigenschaft des Waaghauses von St.Gallen und des Bautyps, von welchem es einen selten gewordenen Vertreter darstellt, ist die Art seiner sowohl repräsentativen, als auch funktionalen Offenheit. Der Bautyp des Waaghauses setzt seine öffentliche Bedeutung buchstäblich in räumlicher Offenheit um: Wie bei einer offenen Markthalle ist diese Offenheit des Erdgeschosses beim Waaghaus nicht nur ein funktionales Angebot, das man annehmen oder ausschlagen kann, sondern existenzbegründende, konstitutive Eigenschaft des Bauwerks. Es ist ein hohes denkmalpflegerisches, allgemeines Gut, dass diese Offenheit des Waaghaus-Erdgeschosses nach kurzlebigen Episoden als Polizeiwache, Poststelle und Kaufhaus bei der Restaurierung nach 1958 wieder hergestellt wurde und als typologisch angemessenes Nutzungsangebot wieder zur Verfügung steht.

Der seinerzeitige Einbau von zwei repräsentativen Sälen im Obergeschoss entspricht zwar nicht der ursprünglichen Nutzung als Getreidespeicher, für dessen enorme Lasten die Erdgeschosskonstruktion ausgelegt wurde, hat es aber erlaubt, die prinzipielle Grosszügigkeit des 1. Obergeschosses in neuer, charakteristischer Formgebung der Zeit weiterzuführen.



Zudem bildet das offene Erdgeschoss des Waaghauses für die Anlässe der öffentlichen Saalnutzung ein erstes, bürgerndahes und buchstäblich „boden“-ständiges Vestiböl.

Mit dieser Funktion ist das offene Erdgeschoss des Waaghauses jedoch nicht ausreichend und nicht einmal hauptsächlich bestimmt. Das zentrale Unterscheidungskriterium in der alten Stadt ist nicht hoch oder tief, Stein oder Holz, schön oder hässlich, sondern öffentlich oder privat. In einer Phase der europäischen Stadt, in welcher wesentliche Publikumsbereiche als Malls und Kaufparks privatem Aufsichts- und Zugangsrecht unterliegen (notabene: der grösste und wichtigste Einkaufsbereich des Berliner Potsdamer ‚Platzes‘ ist Privatbesitz und wird auch juristisch nach Privatrecht für den Publikumsverkehr verwaltet) und in welcher die Segregierung unterschiedlich kaufkräftiger Schichten längst städtebaulich als Gefahr für die Lebendigkeit und die soziale Gerechtigkeit der Stadt erkannt wird, ist die grundsätzliche, allzeitige Betretbarkeit des Erdgeschosses mehr als nur eine praktische Funktion: Sie ist Zeugnis für die Offenheit der Stadt gestern und heute.

An dieser besonderen Bedeutung des Erdgeschosses des Waaghauses muss sich jede Entscheidung, die abwägen will zwischen einer Reduktion dieser Offenheit zugunsten grösserer Sauberkeit und Gepflegtheit und der Bewahrung dieser Offenheit, die, wie oben erwähnt, eine wesentliche historische Mitgift dieses Gebäudes für seine Stadt ist, messen lassen. In den Augen des Gutachters kann eine solche Abwägung nur zugunsten einer unbedingten Erhaltung der Offenhaltung des Waaghaus-Erdgeschosses ausfallen und zwar Tag und Nacht, d.h. auch ohne bauliche Vorkehrungen für ein regelmässiges periodisches Schliessen im Tages- oder Wochenrhythmus.

Dies bedeutet nicht ein Ausliefern des Erdgeschosses des Waaghauses an alle Art von Verwahrlosung und Zerstörung. Allzu sensibel sollte man hier freilich nicht sein: Zu den Gebrauchsspuren einer lebendigen Stadt gehören durchaus auch massvolle Abnutzungerscheinungen an ihren öffentlichen Räumen und Einrichtungen und abgesehen von seltenen Ausnahmen zählen Schweizer Klein- und Mittelstädte nicht zu den optischen ‚Schmutzecken‘ Europas.

Es gibt durchaus konkrete Strategien, dass solche Ordnung auch im Waaghaus erhalten oder wiederhergestellt wird: Ein regelmässiger Einbezug des Erdgeschosses in die Rundgänge der Sicherheitsdienste, permanente Belegung (und friedliche Verteidigung!) von harmlosen Erdgeschossnutzungen bis hin zu regelmässig wiederkehrenden kleinen festlichen Anlässen, die diesen Ort als Allgemeinplatz ‚besetzen‘, können Teile einer solchen Strategie sein. Zu ihr gehört auch, dass das Erdgeschoss des Waaghauses bei Renovationen und Umbauten nicht ‚zu wertvoll‘ gemacht wird und die in Städten immer vorhandenen Vandalen nicht angelockt werden.

...



Solche Überlegungen sind angebracht auch vor dem Hintergrund einer geplanten Funktionsverbesserung der Saalnutzung im Obergeschoss durch ergänzte oder erneuerte Erschliessungselemente im Erdgeschoss des Waaghauses. Gutachter hat nicht zu beurteilen, geschweige denn abzuwägen, was hier wirklich unverzichtbar, bzw. für die besondere typologische Aussage des Erdgeschosses des Waaghauses schmälern wäre. Er weist nur darauf hin, dass hier ein Zuviel an technologischem Mehr oder auch ein Übermass an gestalterischer Extraverthiertheit die Aussage des bedeutenden Baudenkmals gerade in der alltäglichen Wahrnehmung schwer korrumpieren kann. In den letzten Jahren haben wir gelernt, dass die Schmälerung des Denkmals nicht nur in der Reduzierung seiner geschichtlichen Substanz geschieht, sondern auch durch den Einsatz übertriebener technologischer Zutaten, die, wenn auch als Hilfsmittel gemeint, im ursprünglichsten Sinne des Wortes unsere kostbaren Geschichtszeugen nur noch ‚alt aussehen‘ lassen, unmodern, überholt, abgelebt. Dies bei allfälligen Änderungen im Erdgeschoss des Waaghauses zu vermeiden, bedarf angesichts der lapidaren Aussage des Waaghauses eines Projektes von hoher kreativer Sensibilität.“

Mit einem Schreiben von **September 2004** nahm das **Bundesamt für Kultur, Sektion Heimatschutz und Denkmalpflege**, zu Handen des städtischen Denkmalpflegers zur künftigen Nutzung des Waaghauses in St.Gallen Stellung. Als wichtige Fragestellungen für die künftige Nutzung hätten sich ergeben: die künftige Nutzung des Erdgeschosses, der Standort der Lifterschliessung und die Eingriffe im Untergeschoss. Der öffentliche Charakter des Gebäudes müsse unbedingt beibehalten werden. Es werde von einer permanenten Schliessung, insbesondere der Erdgeschosshalle, abgeraten.

### 9.3 Pfalz

Im **Werk „Die Baudenkmäler der Stadt St.Gallen“**, bearbeitet von August Hardegger, Salomon Schlatter und Traugott Schiess, St.Gallen **1922**, kann unter dem Titel „Die neue Pfalz. Des Klosters Ende und Erbe.“ auf den Seiten 198 – 201 Folgendes nachgelesen werden:

„In noch weit höherem Mass als die kirchlichen Bauten beschäftigen den Abt Beda [1767 – 1796 Fürstabt von St.Gallen] die weltlichen Gebäude. Schon kurz nach seiner Wahl versammelte der Fürst das Kapitel und eröffnete ihm, dass im ‚Hof‘ ein grosser Mangel an Platz sei: es fehlten Gastzimmer, sodass ‚man die ehrengäst secundum s. regulam nit logieren‘ könne. Schon seine Vorfahren Joseph und Cölestin II. seien gesinnt gewesen, ein neues Hofgebäude zu erstellen, wären aber daran durch die absolut notwendigen Kirchenbauten gehindert worden. Nachdem diese fertig erstellt seien, gezieme es sich, nun auch für die weltliche Repräsentanz des Fürstabtes Sorge zu tragen und ‚die alte winckelten nieder zu reissen‘. Das Kapitel stimmt ‚unanimiter‘ zu. Beda beabsichtigte nun, den alten, von Abt Gallus erstellten, ‚Hof‘ um einen Stock zu erhöhen und einen neuen Flügel ‚von der apothec bis zu dem garten oder stattmauer‘ hinunter zu erstellen und von dort längs der Stadtmauer bis



zum Tor hin den Klosterhof durch einen zweiten neuen Flügel abzuschliessen. Von Ferdinand Bär wurde ein Plan hiefür erstellt, und am 7. April 1767 befahl der Abt dem Pater Honorat Peyer im Hof und dem neuen Bauherrn Pater Franziskus Uttiger, sowie den baukundigen Brüdern Gabriel und Thaddäus, mit Bär einen Akkord abzuschliessen.

...

... Am 17. Januar 1775 ist die Arbeit endlich vollendet. Am 3. Juli desselben Jahres wurde die alte Pfalz abgebrochen, das Weinschenkenhaus aber, obschon es einen guten Teil des neuen Hofbaues unschön verdeckte, liess man noch stehen. ...

Während nun in den untern Stockwerken der neuen Pfalz, im Archiv, in den Gastzimmern etc. deren Ausrüstung mit Vorhängen, Tapeten, Möbeln, Spiegeln und dergl. vorgenommen wurde, scheint die Vollendung der obern Stockwerke längere Zeit beansprucht zu haben. In den Jahren 1776 – 1779 waren die Finanzen wohl für den grossen Strassenbau von Rorschach bis Wil so stark in Anspruch genommen, dass man die weitem Ausbauarbeiten in der neuen Pfalz etwas zurücktreten liess.“

In dem 1961 erschienenen, von Dr. h.c. Erwin Poeschel verfassten Band „**Die Kunstdenkmäler des Kantons St.Gallen**“, Band III, Die Stadt St.Gallen: Zweiter Teil; Das Stift, kann Folgendes nachgelesen werden:

„Die Pfalz. Da beim Neubau die Pfalz etwa 46 m nach Osten verlegt wurde, um der monumentalen Schaufassade der Stiftskirche bedeutendere Wirkung zu verschaffen, konnte der Altbau stehenbleiben, bis für Ersatz gesorgt war. Im Frühjahr 1767 schloss Abt Beda Angehrn mit den Zimmermeistern Ignatius Wilhelm von Schlachters im Lindauer Gebiet und Martin Fryrle in Goldach einen Akkord ‚wegen newer und alt Hoofgebäu‘. Baumeister war ... Ferdinand Beer. Mit den Arbeiten wurde anscheinend unverzüglich begonnen, und im Oktober 1769 war das Gebäude unter Dach gebracht sowie der Innenausbau – die Gewölbe, Stiegen, Gänge, auch ‚die Gipsdecken in allen Zimmern‘ – vollendet.

...

... Den Schlussakkord der ganzen Innendekoration bildete die Ausmalung des grossen Saales im obersten Geschoss des Mittelrisalits, in dem die weltliche Macht des Abtes repräsentativen Ausdruck finden sollte. Als Meister dieses Werkes wird – wohl mit Recht – der um diese Zeit (1786/87) wiederholt in den Büchern erscheinende Maler Jos. Ant. Bullacher aus Telfs in Tirol angenommen. Den Boden legte 1785 Christian Bayer, und die Türe verfertigte Antoni Dirr. Nach der Aufhebung des Stiftes im Jahre 1805 wurde die Pfalz als Regierungsgebäude eingerichtet. Der ehemalige Thronsaal fand für die Sitzungen des Grossen Rates Verwendung und erfuhr 1880 eine völlige Umgestaltung (unter Entfernung der erwähnten Malereien) nach den Plänen von J. Chr. Kunkler.“



## **10      Installation einer neuen Mikrofonanlage im Stadtparlamentssaal des Waaghauses 2013**

An der Sitzung des Stadtparlaments vom 19. März 2013 wurde eine neue Audioanlage im Stadtparlamentssaal in Betrieb genommen. Sie wurde für hörbehinderte Mitglieder installiert, hat aber auch grosse Vorteile für die Verständlichkeit der Voten für die Medienschaffenden sowie für die Qualität der Tonaufnahmen der Stadtparlamentssitzungen. Der Präsident des Stadtparlaments erläuterte zu Beginn der Sitzung, dass die Varianten Miete oder Kauf der Anlage abgeklärt wurden, ebenso die Wiederverwendbarkeit in einem zukünftig sanierten Stadtparlamentssaal; ebenso wurde das Einrichten von Rednerpulten vorne im Saal abgeklärt, was aber bedingt hätte, dass Votantinnen und Votanten zum Sprechen nach vorne kommen müssten. Die jetzt installierte Variante als Kauf habe am meisten Vorteile. Die Kosten beliefen sich auf rund CHF 30'000. Sie wurden dem Konto Gebäudeunterhalt des Hochbauamts belastet.

## **11      Bereits vom Stadtparlament beschlossene Änderungen im Parlamentsbetrieb, welche auf den 1. Januar 2017 in Kraft treten**

### **11.1    Elektronische Abstimmungsanlage**

Das Stadtparlament hat an seiner Sitzung vom 15. September 2015 einen Nachtrag IV zum Geschäftsreglement des Stadtparlaments (sRS 151.1) beschlossen, der unter anderem einen Artikel 88bis (neu), Abs. 1, zur Stimmabgabe enthält:

„Abgestimmt wird mit der elektronischen Abstimmungsanlage.“

Diese Art der Stimmabgabe gewährleistet die Transparenz (ausser bei geheimen Abstimmungen), wer wie abgestimmt hat. Dies ist bei der bisherigen Stimmabgabe mit offenem Handmehr nicht der Fall.

Der Stadtrat hat die Bestimmungen des Nachtrags IV zum Geschäftsreglement des Stadtparlaments mit seinem zugehörigen Vollzugsbeschluss vom 22. September 2015 auf den 1. Januar 2017 in Kraft gesetzt (und nicht schon auf den 1. Januar 2016, nachdem in der Diskussion im Stadtparlament am 15.09.2015 darauf hingewiesen wurde, dass ein Postulat „Pfalz der Politik!“ in den Rängen zirkuliere; vor der Anschaffung einer elektronischen Abstimmungsanlage für das Waaghaus solle entschieden werden, ob das Stadtparlament seinen Sitz in den Kantonsratssaal verlege). Das Präsidium empfiehlt, die Inbetriebnahme sinnvollerweise erst auf den Zeitpunkt nach einer allfälligen Sanierung der Baute anzusetzen.

Im Kantonsratssaal ist eine elektronische Abstimmungsanlage vorhanden, welche vom Kantonsrat genutzt wird.



Falls sich das Stadtparlament dafür ausspricht, weiterhin im Waaghaus zu tagen, muss die bereits getestete elektronische Abstimmungsanlage (es handelt sich um das gleiche System (vom gleichen Anbieter), wie es auch vom Stadtparlament Wil genutzt wird) rechtzeitig bestellt und geliefert werden; die Arbeitsabläufe damit müssen noch geschult werden, damit sie an der Stadtparlamentssitzung vom 17. Januar 2017 eingesetzt werden kann.

	CHF
<b>Einmalige Kosten:</b>	
Hardware Abstimmungsgeräte und Zentraleinheit	8'330
Software	1'350
Technische Bearbeitung	1'190
Installation (Programmierung Synopse; Vorkonfiguration, Erstellen Namensliste, Beschriften Handsender; Lieferung, Inbetriebnahme, Instruktion)	3'080
PC / Drucker für die Steuerung der Abstimmungsanlage und für das Ausdrucken des Ergebnisses jeder Abstimmung zur Unterschrift durch die Stimmenzähler/innen; Beamer und Leinwand sind im Stadtparlamentssaal bereits vorhanden	3'150
MWST 8 %	1'370
Reserve 10 %, gerundet	1'710
<b>Total einmalige Kosten</b>	<b>20'180</b>
<b>Jährlich wiederkehrende Kosten:</b>	
Wartung	2'000
<b>Total jährlich wiederkehrende Kosten</b>	<b>2'000</b>

Updates der Lizenzen sind kostenlos. Bei Bedarf nach Support müsste ein separater Auftrag erteilt werden; pro Stunde sind rund CHF 180 branchenüblich.



## 11.2 Tonbandaufzeichnungen der Stadtparlamentsdebatten im Internet

Das Stadtparlament hat an seiner Sitzung vom 15. September 2015 auch einen Nachtrag V zum Geschäftsreglement des Stadtparlaments (sRS 151.1) beschlossen, der unter anderem in Artikel 105 Absatz 2 einen neuen, zweiten Satz enthält:

„Die Aufzeichnungen werden in der Stadtkanzlei aufbewahrt und können dort abgehört werden. Sie werden zudem öffentlich gemacht.“

Weil es beim Nachtrag V zum Geschäftsreglement des Stadtparlament v.a. um die Neuordnung der ständigen parlamentarischen Kommissionen ging, hat das Stadtparlament selbst gleich im Nachtrag V die Inkraftsetzung per 1. Januar 2017 beschlossen, für alle Änderungen durch diesen Nachtrag, also auf den Beginn der Legislatur 2017 – 2020; eine Neuordnung der ständigen parlamentarischen Kommissionen macht nur auf einen Legislaturbeginn Sinn.

Das Präsidium empfiehlt, die Inbetriebnahme sinnvollerweise erst auf den Zeitpunkt nach einer allfälligen Sanierung der Baute anzusetzen.

Die Informatikdienste St.Gallen raten dazu, für die Variante eines Verbleibs im Waaghaus die Tonqualität der Mikrofonanlage vorgängig durch externe Tonspezialisten prüfen zu lassen, ob sie für den Einsatz von Tonaufzeichnungen genügt. Die Tonaufnahmen können wie folgt im Web publiziert werden:

- Publikation aus der Software „Verbalix“, wie sie auch durch den Kantonsrat St.Gallen eingesetzt wird, mit Standard-Export;
- manuelle Publikation des Audio-Files eines ganzen Geschäfts.

Die erstgenannte Variante funktioniert im Kantonsrat einwandfrei. Die zweitgenannte Variante im aktuellen städtischen Ratsinformationssystem wäre mit hohen Kosten verbunden, da dieses Element neu entwickelt werden müsste. Zudem stiege der manuelle Personalaufwand, da die Zuordnung der Audio-Files zu den Geschäften in der städtischen Geschäftsverwaltungs-Software Axioma nicht automatisch erfolgen kann.



Die Informatikdienste St.Gallen empfehlen die Beschaffung des Produkts „Verbalix“ inkl. Publikation auf dem Internetauftritt der Stadt.

Die Offerte für die gleiche Software (vom gleichen Anbieter), wie sie das Kantonsparlament zu diesem Zweck nutzt, lautet:

	CHF
<b>Einmalige Kosten:</b>	
verbalix portable Grundmodul Concurrent-Userlizenz: Digitale Tonaufzeichnung, Marken setzen, Strukturierung der Sitzung, Sprecher benennen, Geschäfte benennen, variable Wiedergabegeschwindigkeit, Fusspedalsteuerung, Filtern der Marken, Texteditor, Protokollauszüge, Textbausteine, Rechtschreibprüfung (Word), vollautomatische Papierexporte (WordML), XML	5'940
Modul Sitzungsvorbereitung Concurrent-Userlizenz: Sitzungseinladung, Vorprotokoll	1'140
Web/Archiv: Vollautomatische Webpublikation der Sitzungs- (HTML) und der Audiodaten (MP3) inkl. Suche und Navigation (einmalig pro Kunde – unabhängig von der Anzahl Lizenzen)	4'320
MWST 8 %	1'100
Reserve 10 %, gerundet	2'600
separat zu beschaffender Laptop	1'000
<b>Total einmalige Kosten</b>	<b>17'900</b>
<b>Jährlich wiederkehrende Kosten:</b>	
Wartung und Support (18 % der Bruttolizenzsumme CHF 11'400)	2'050
<b>Total jährlich wiederkehrende Kosten</b>	<b>2'050</b>



## 12 Entscheidungskriterien für die Variante Pfalz

### 12.1 Erlaubnis der Hausherren der Pfalz, Sitzungen des Stadtparlaments im Kantonsratssaal abzuhalten

Sowohl das Kantonsratspräsidium als auch die Kantonsregierung haben sich mit Schreiben vom 28. Oktober 2015 bzw. vom 9. November 2015 damit einverstanden erklärt, dass auch das Stadtparlament St.Gallen seine Sitzungen im Kantonsratssaal abhalten darf. Die Bedürfnisse des Kantonsrats, des Katholischen Kollegiums und der Synode der evangelisch-reformierten Kirche haben jedoch Vorrang gegenüber der Benützung des Saals durch das Stadtparlament St.Gallen.

Somit steht einem Wechsel in die Pfalz grundsätzlich nichts entgegen.

### 12.2 Zeitliche Vereinbarkeit der Sitzungen des Stadtparlaments mit anderen Belegungen des Kantonsratssaals

Die Sitzungen des Stadtparlaments können an den Belegungen des Kantonsratssaals durch den Kantonsrat selbst sowie durch das Katholische Kollegium und durch die Synode der evangelisch-reformierten Kirche vorbei geplant werden. Für das Jahr 2017 hat die Stadtkanzlei zur Sicherheit sowohl im Waaghaus als auch in der Pfalz Sitzungstermine für das Stadtparlament reserviert bzw. reservieren lassen. Wegen einer Terminverschiebung der Junisession 2017 des Kantonsrats hat sich Anfang Mai 2016 ergeben, dass für die geplante Stadtparlamentssitzung vom 13. Juni 2017 eine neue Lösung gefunden werden muss.

Auch dieses Muss-Kriterium für einen allfälligen Wechsel in die Pfalz ist somit erfüllt.

## 13 Entscheidungs-Kriterien zwischen den Tagungsorten Waaghaus bzw. Pfalz

### 13.1 Investitionskostenvergleich

Bei einer Verlegung des Tagungsortes des Stadtparlaments in die **Pfalz** benötigen die Mitglieder des Stadtparlaments **persönliche Abstimmungsbadges** für die Benützung der elektronischen Abstimmungsanlage. Die Staatskanzlei empfiehlt, für die Benutzung der kantonalen Abstimmungsanlage im System einen eigenen Mandanten „Stadtparlament“ einzurichten, dessen Ausdrucke der Abstimmungsergebnisse dann auch das städtische Logo beinhalten. Neben dem Abstimmungsbadge-Set für alle Mitglieder des Stadtparlaments wird zudem empfohlen, auch gleich ein Reserveset anfertigen zu lassen. Das nachträgliche Anfertigen von Abstimmungsbadges für während der Amtsdauer nachrutschende Mitglieder des Stadtparlaments ist möglich; sie müssen für die Benutzung am Tag vor dem erstmaligen Gebrauch aktiviert werden.



Die Herstellung dieser Badges durch den gleichen Lieferanten, der dies auch für das Kantonsparlament leistet, kostet rund CHF 10'000, falls das Stadtparlament in dieser Software zusätzlich zu einem eigenen Mandanten ein anderes Abstimmungsverfahren als der Kantonsrat wünscht, im Ausdruck der Resultate ein eigenes Design, einen eigenen Welcome Screen, eigene persönliche Abstimmungs-Badges. Falls das Stadtparlament lediglich eigene persönliche Abstimmungs-Badges wünscht, aber im Übrigen mit Display und Ausdruck des Kantonsrats-Logos arbeitet und das Abstimmungsverfahren genau gleich wie der Kantonsrat verwendet (15 Sekunden Abstimmungszeit Stichentscheid gleiches Verfahren, Anzeige immer live und sitzbezogen), kostet dies nur rund CHF 1'500. Auch Zwischenformen dieser Offertvarianten sind möglich.

Beim Stichentscheid wendet der Kantonsrat ein anderes Verfahren als das Stadtparlament an: Die Präsidentin bzw. der Präsident des Kantonsrats stimmt nicht mit; falls die Abstimmung ein Patt ergibt, sagt die Präsidentin bzw. der Präsident, wie sie bzw. er diese Frage sieht und drückt den Abstimmungsknopf. Im Stadtparlament ist das Verfahren bei Stimmengleichheit im Geschäftsreglement geregelt: Art. 88 Abs. 3: „Bei Stimmengleichheit ist der Antrag angenommen, für den die Präsidentin bzw. der Präsident gestimmt hat.“ Im Stadtparlament muss die Präsidentin bzw. der Präsident also mitstimmen.

Bei einem Verbleib des Stadtparlaments im **Waaghaus** muss auf 2017 die evaluierte **funkgestützte elektronische Abstimmungsanlage** für rund CHF 20'000 angeschafft werden, welche es bei einem Umzug in die Pfalz nicht braucht, weil dort bereits eine elektronische Abstimmungsanlage zur Verfügung steht.

So lange keine neue Nutzung für das Waaghaus definiert ist, besteht keine Notwendigkeit, den Tagungsort des Stadtparlaments zu verlegen.

Die Investition von bis zu CHF 10'000 für die Mitbenützung der elektronischen Abstimmungsanlage in der Pfalz bzw. von rund CHF 20'000 für eine funkgestützte elektronische Abstimmungsanlage im Waaghaus können für den Entscheid, ob das Stadtparlament weiterhin im Waaghaus tagt oder in die Pfalz wechselt, nicht ausschlaggebend sein.

Der Investitionskostenvergleich bringt daher keine ausschlaggebende Entscheidungsgrundlage für die Bestimmung des zukünftigen Tagungsortes des Stadtparlaments.

### 13.2 Betriebskostenvergleich

Dieser Punkt wurde bereits in Ziffer 8.2 dieser Vorlage abgehandelt.

Der Betriebskostenvergleich bringt - weil der Unterschied lediglich in der Reinigungspauschale von rund CHF 300 pro Sitzung besteht - keine ausschlaggebende Entscheidungsgrundlage für die Bestimmung des zukünftigen Tagungsortes des Stadtparlaments.



### 13.3 Arbeitsbedingungen für das Stadtparlament im Waaghaus und in der Pfalz

Die einzelnen Mitglieder des Stadtparlaments hätten bei Sitzungen im Kantonsratssaal in der Pfalz mehr Platz, weil der Saal 180 Sitzplätze für die Parlamentsmitglieder aufweist, nicht nur die 63 Plätze im Stadtparlamentssaal im Waaghaus.

Für die Richtplansitzung des Stadtparlaments im Dezember 2012 war es erwünscht, dass jedem Mitglied ein Doppelplatz zugeteilt werden konnte, weil bei der Beratung parallel zwei volle Bundesordner umgeblättert werden mussten; jener mit dem Antrag des Stadtrats, und jener mit den über 200 Abänderungsanträgen der vorberatenden Kommission.

Es kann umgekehrt aber auch argumentiert werden, dass das Stadtparlament mit seinen 63 Mitgliedern im Kantonsratssaal mit seinen 180 Plätzen zu viel Platz hat, dass es sich geradezu im Saal „verliert“, dass die gegenseitige Nähe für die engagierte Debatte fehlen würde. Jene parlamentarischen Gremien, die im Kantonsratssaal tagen, weisen 120 Mitglieder auf (der Kantonsrat nach seiner Verkleinerung von 180 auf 120 Sitze) oder 180 (die beiden konfessionellen Parlamente).

Der Vergleich der Arbeitsbedingungen für das Stadtparlament im Waaghaus und in der Pfalz bringt daher keine ausschlaggebende Entscheidungsgrundlage für die Bestimmung des zukünftige Tagungsorts des Stadtparlaments.

### 13.4 Vergleich der Arbeitsabläufe der Parlamentsdienste im Waaghaus und in der Pfalz

Die Abläufe für die städtischen Parlamentsdienste sind in der Pfalz etwas aufwändiger:

- Jemand muss im Erdgeschoss in die Empfangsloge sitzen;
- Falls jemand mit einer Gehbehinderung auf die Zuschauertribüne möchte, muss jemand weiterer diese interessierte Person nach draussen in Richtung Karlstor begleiten, wo man von aussen zu jenem Lift in das dritte Obergeschoss kommt, von welchem aus man ohne Treppensteigen von hinten zum Zuschauerbereich kommt; dort sind wenige Stufen zu überwinden, aber es steht ein Treppenlift zur Verfügung;
- Es braucht zwei bis drei (statt im Waaghaus zwei) Parlamentsweibel: einen im Parlamentssaal und einen vor dem Parlamentssaal, damit hier nur die Parlamentsmitglieder hineingehen, für das Anfertigen von Kopien im Bedarfsfall, für die Unterstützung des inneren Weibels beim Austeilen von Unterlagen, für das Bereitstellen von Mineralwasser (dies sind die beiden Funktionen, welche es auch im Waaghaus benötigt) sowie allenfalls einen auf der Zuschauerseite, für dortige Hinweise (z.B. wo die Toilette ist) (im Waaghaus kann dies der Weibel vor dem Saal machen, weil hier auch der Zuschauerweg vorbei führt). Im Kantonsrat sind bei Sessionen immer zwei Weibel im Saal im Einsatz, unterstützt durch vier bis fünf Hilfsweibel (welche ausserhalb der Kantonsratssitzungen andere Aufgaben wahrnehmen). Der Kantonsrat hat allerdings fast doppelt so viele Mitglieder wie das Stadtparlament (120 gegenüber 63),



und seine Sessionen dauern in der Regel zwei bis drei volle Tage nacheinander, gegenüber in der Regel drei Stunden beim Stadtparlament.

Beim Vergleich des Arbeitsaufwands für die städtischen Parlamentsdienste im Waaghaus bzw. in der Pfalz wird ersichtlich, dass die Differenzen nicht ins Gewicht fallen und somit nicht ausschlaggebend sind.

### **13.5 Erfüllen der Bedürfnisse von Medienschaffenden und Publikum im Waaghaus und in der Pfalz**

Die Medienschaffenden verfügen in der Pfalz im vierten Obergeschoss, hinter dem Zuschauerbereich, über Arbeitsplätze; sie sind aber um einiges weiter weg vom parlamentarischen Geschehen als im Waaghaus, wo sie im Stadtparlamentssaal selber sitzen, in der letzten Reihe, gleich hinter der letzte Reihe mit Stadtparlamentsmitgliedern.

Die Wege zu einer Parlamentssitzung im Kantonsratssaal sind für das Publikum innerhalb des Gebäudes viel weiter als im Waaghaus:

Zuschauerinnen und Zuschauer betreten die Pfalz im Erdgeschoss beim Empfang, steigen von dort über Treppen ins zweite Obergeschoss, gehen dann den Gang entlang in Richtung „Bischofsflügel“ der Pfalz, dort um die Ecke und in ein zweites Treppenhaus, ins dritte Obergeschoss hinauf, von dort an der Garderobe vorbei und einen Teil des Ganges (einen Stock höher als vorher) zurück bis zu ein paar Treppenstufen, über welche man von hinten in den Zuschauerbereich gelangt.

Zuschauerinnen und Zuschauer mit einer Gehbehinderung oder im Rollstuhl melden sich ebenfalls im Erdgeschoss, müssen dann wieder nach aussen begleitet werden, in Richtung Karlstor, wo man von aussen zu jenem Lift in das dritte Obergeschoss kommt, von welchem aus man ohne Treppensteigen von hinten zum Zuschauerbereich kommt; dort sind wenige Stufen zu überwinden, aber es steht ein Treppenlift zur Verfügung. Im Waaghaus können Interessierte im Rollstuhl nicht auf die Zuschauertribüne gelangen; sie verfolgen die Sitzung direkt im Stadtparlamentssaal selber.

Der Vergleich der Medienarbeitsplätze und des Zugangs des Publikums im Waaghaus bzw. in der Pfalz ist daher nicht ausschlaggebend.

### **13.6 Wahrnehmbarkeit der städtischen parlamentarischen Politik im Waaghaus und in der Pfalz**

Die Wahrnehmbarkeit der städtischen parlamentarischen Politik ist wohl leicht besser, wenn sie in einer städtischen Baute stattfindet, die markant an einem zentralen städtischen Platz steht, als wenn das städtische Parlament im sehr grossen, kantonalen Regierungsgebäude tagt, wo auch der Kantonsrat seine Sitzungen abhält. Aber auch dieses Kriterium ist wegen der geringen Besucherzahl an Stadtparlamentssitzungen nicht ausschlaggebend.



## 14 Erwägungen und Empfehlung des Präsidiums

In einem ersten Schritt wurde zusammengestellt, welche Massnahmen aus baulicher Sicht sowie von Bestellerseite her als dringlich anzusehen sind, was sie etwa kosten werden, und welche Massnahmen im Rahmen des baulichen Unterhalts ohne die Notwendigkeit eines Baugesuchs und einer Baubewilligung möglich sein sollten.

Im Weiteren wurden für das Präsidium des Stadtparlaments für das Waaghaus Daten wie Gebäudeneuwert, effektiver durchschnittlicher betrieblicher und baulicher Unterhalt pro Jahr, dem Gebäudewert entsprechende Norm-Soll-Zahlen dazu sowie erste Kostenschätzungen einzelner Massnahmen zusammengestellt.

Ausgehend von einem Gebäudeneuwert des Waaghauses von rund CHF 4 Mio. und einem üblichen jährlichen Soll-Betrag für den baulichen Unterhalt von 1.25 % des Gebäudeneuwerts hätten daher im Durchschnitt CHF 50'000 für den baulichen Unterhalt verwendet werden sollen; weil dieser Wert in den ersten Jahren nach Bezug einer grundlegend sanierten Baute wohl eher tiefer liegt, soll für die folgende Überlegung von 1 % statt 1.25 % als Soll-Wert ausgegangen werden, also von jährlich CHF 40'000. Effektiv lag dieser Wert im Schnitt der Jahre 1979 (seit diesem Jahr sind die konkreten Zahlen im Hochbauamt vorhanden; in den Jahren zuvor, seit der grundlegenden Sanierung im Jahr 1963 wurde wohl nichts in den baulichen Unterhalt gesteckt) bis heute bei CHF 23'500. Die Differenz von CHF 16'500, multipliziert mit den seit 1979 vergangenen 37 Jahren, ergibt einen Wert von CHF 610'500 (ohne Betrachtung der Teuerung seit 1979); dies kann als „eingesparter baulicher Unterhalt“ bezeichnet werden.

Daraufhin wurden im Präsidium die theoretisch möglichen Varianten für das weitere Vorgehen vorgestellt:

- Keine Sanierung des Waaghauses (vorgenommen würden weiterhin lediglich der betriebliche und der bauliche Unterhalt);
- Bauliche Sanierung des Waaghauses in einer minimalen Variante lediglich des baulichen Unterhalts ohne die Notwendigkeit eines Baugesuchs und einer Baubewilligung (geschätzt werden hier, Details folgen weiter unten, Kosten von rund CHF 750'000);
- Bauliche Sanierung des Waaghauses in einer umfassenderen Variante, welche dann jedoch ein Baugesuch und eine Baubewilligung erfordern, mit den entsprechenden Konsequenzen betreffend Realisierung der aktuellen Vorschriften betreffend Brandschutz, Energie-Effizienz und Behindertengerechtigkeit (geschätzt werden hier, Details folgen weiter unten, Kosten von rund CHF 2'500'000);
- Gesamtsanierung des Waaghauses (geschätzte Kosten des Projekts 2012, als es vom Stadtrat gestoppt wurde, rund CHF 12'900'000);

verbunden bzw. gegenübergestellt wurden diese Varianten mit den Möglichkeiten,



- während einer Sanierung des Waaghauses auf Zeit in den Kantonsratssaal zu wechseln;
- definitiv den Tagungsort des Stadtparlaments in den Kantonsratssaal zu verlegen.

Das Präsidium strebt an, die Frage des Tagungsorts des Stadtparlaments nicht mit einer allenfalls knappen Mehrheit des Stadtparlaments zu entscheiden, sondern zu einem grossmehrheitlichen Beschluss zu gelangen.

In der Präsidiumsdiskussion fand der Vorschlag Anklang, in Anbetracht der weiterhin ungelösten Marktplatzfrage und eines allfälligen konkreten Einbezugs des Waaghauses sowie des Taubenlochs in dieses Projekt (siehe erheblich erklärtes Postulat „Waaghaus und Taubenloch fürs Volk!“) die nötige Zeit zu überbrücken, aber nichts für die Zukunft zu verbauen, sondern **das Waaghaus, auch als Tagungsort des Stadtparlaments, für einen Zeithorizont von weiteren zehn Jahren zu ertüchtigen**, mit einer **kleinen Sanierung im Rahmen des baulichen Unterhalts**, also ohne die Notwendigkeit eines Baugesuchs und einer Baubewilligung, verbunden mit einem **Wechsel auf Zeit in den Kantonsratssaal, für die Zeit der Sanierungsarbeiten im Waaghaus**.

Mit diesem Zwischenstand der Beratungen informierten die Präsidiumsmitglieder in der Folge ihre Fraktionen. Gleichzeitig informierte der Ratssekretär/Stadtschreiber den Stadtrat über diesen Stand der Erörterungen.

**Das Waaghaus soll aus der Sicht des Präsidiums auf Dauer Tagungsort des Stadtparlaments bleiben.** So lange nicht klar ist, ob das Waaghaus allenfalls neuen Nutzungen zugeführt werden soll, besteht kein Anlass für das Stadtparlament, das Waaghaus zu verlassen. Allfällige neue Nutzungen des Waaghauses werden möglicherweise – wie bisher, und wie auch mit dem vom Stadtrat gestoppten Wettbewerbssiegerprojekt AOI der Architekten Benz/Engeler – mit der Nutzung als Tagungsort des Stadtparlaments kombinierbar sein. Falls allfällige neue Nutzungsideen nicht mit der Nutzung als Tagungsort des Stadtparlaments kombinierbar sein sollten, kann dies in späteren Jahren diskutiert werden. Bis dahin sollten nicht mit einer umfassenden Sanierung des Waaghauses grosse Summen verbaut und Sachzwänge geschaffen werden (z.B. durch den Einbau eines Lifts, der für grundlegende Nutzungsänderungen dann wohl am falschen Ort eingebaut wäre), welche andere Lösungen für mehrere Jahrzehnte faktisch verunmöglichen würden.

Das Präsidium ist sich bewusst, dass der vorliegende Postulatsbericht zu Händen des Stadtparlaments **keine Bauvorlage** ist. Deshalb beschränken sich die formellen Anträge auf Seite 1 der Vorlage, im Beschlussdispositiv, gemäss Postulatsauftrag auf einen Antrag zum Tagungsort des Stadtparlaments sowie den Antrag betreffend Abschreibung des Postulats.

Das **Präsidium** äussert sich in seiner Rolle als wesentlicher Nutzer des Waaghauses, somit als ein **Besteller von Dienstleistungen des Hochbauamts für dieses Verwaltungsgebäude**, trotzdem in der Folge konkret zu den aus seiner Sicht dringlichsten baulichen Massnahmen.



Die Empfehlung des Präsidiums soll so konkret wie möglich erfolgen, damit das Stadtparlament anhand dieses Postulatsberichts darüber diskutieren kann und der Stadtrat in der Folge die Erwartungen des Stadtparlaments kennt. Gleichzeitig soll der Stadtrat mit seiner Verwaltung, hier der Direktion Bau und Planung, in dieser Angelegenheit v.a. mit ihren Dienststellen Hochbauamt, Amt für Baubewilligungen und Stadtplanungsamt (Denkmalpflege) die nötige Freiheit haben, diese Bestellung aus fachlicher Sicht genau zu prüfen. Mit dem Stadtbaumeister und dem Leiter Hausdienste des Hochbauamts führten der Präsident des Stadtparlaments und der Ratssekretär eine Besprechung in dieser Sache; ebenso nahm der Präsident des Stadtparlaments eine Bauberatung durch den Leiter des Amts für Baubewilligungen in Anspruch. Formell ist die Antragstellung dazu in einer noch auszuarbeitenden Vorlage aber natürlich Sache des Stadtrats, im Rahmen des Motionsauftrags „Sanierung des Waaghauses“, wie er vom Stadtparlament am 1. April 2014 wie folgt erheblich erklärt wurde:

„Der Stadtrat wird eingeladen, dem Stadtparlament eine Vorlage zur Sanierung der dringlichsten Mängel des Waaghauses zu unterbreiten.“

Der vom Präsidium empfohlene Zeitplan für das weitere Vorgehen betreffend Bauvorlage ist in Ziffer 15 beschrieben.



Im Präsidium wurde zum einen eine umfassendere Variante diskutiert, welche gemäss Leiter Amt für Baubewilligungen wegen der Positionen eines Lifts und einer grossen Heizungsanierung ein Baugesuch / eine Baubewilligung auslöst und somit weitere Konsequenzen hat betreffend Realisierung der aktuellen Vorschriften zum Brandschutz, zur Energieeffizienz, zur Behindertengerechtigkeit (kursiv gesetzte Positionen bedeuten die Notwendigkeit eines Baugesuchs / einer Baubewilligung):

Bauliche Sanierungsmassnahmen (mit Notwendigkeit eines Baugesuchs / einer Baubewilligung)	Schätzung; CHF
<i>Heizung</i> (Sanierung Heizung und Lüftung, Wärmeverteilung, Abluftventilation, Bodenheizung, Wärmedämmung Dach)	700'000
<i>Wärmedämmung</i> (Wärmedämmung Boden)	210'000
<i>Sanitäre Anlagen</i> (Sanierung WC EG behindertengerecht, Sanierung WC UG behindertengerecht)	250'000
<i>Sicherungsmassnahmen</i> (Geländer Tribüne und Treppe, zusätzliche zweite Ausgänge aus den Sälen, Brandschutz, Fluchtwegbezeichnung)	230'000
<i>Lift UG – 1. OG</i> (behindertengerecht)	360'000
<i>Bauliche Instandsetzung</i> (Abdichtung, Brandabschottung, alle Handwerkerarbeiten)	310'000
<i>Baunebenkosten</i> (Bewilligungen, Kleininventar, kleinere Arbeiten)	210'000
Abstimmungsanlage	20'000
Tonbandaufzeichnung Internet	20'000
Bauherrenleistung (Projekt, Bauleitung)	100'000
Reserve	90'000
<b>Total</b>	<b>2'500'000</b>



Gegenübergestellt wurde eine wesentlich schlankere Variante ohne Notwendigkeit eines Baugesuchs / einer Baubewilligung:

Bauliche Sanierungsmassnahmen (ohne Notwendigkeit eines Baugesuchs / einer Baubewilligung)	Schätzung; CHF
a) <b>Heizung</b> (Sanierung Wärmeverteilung, Abluftventilation, z.T. defekte Bodenheizung bedingt Teilöffnung Parkett)	350'000
b) <b>Sanitäre Anlagen</b> (Sanierung WC UG wie Bestand, Sanierung WC EG wie Bestand)	145'000
c) <b>Sicherungsmassnahmen</b> (Geländer Tribüne und Treppe)	70'000
d) <b>Treppenlift EG – 1. OG</b> (behindertengerecht)	30'000
e) <b>Bauliche Instandsetzung</b> (Pulte und Raum auffrischen)	35'000
f) <b>Baunebenkosten</b> (kleinere Arbeiten)	50'000
g) <b>Abstimmungsanlage</b>	20'000
h) <b>Tonbandaufzeichnungen Internet</b>	20'000
i) <b>Reserve</b>	30'000
<b>Total</b>	<b>750'000</b>

Das Präsidium befürwortet die wesentlich schlankere Variante von baulichen Sanierungsmassnahmen ohne Notwendigkeit eines Baugesuchs / einer Baubewilligung:

a) **Heizung:**

Das Präsidium erachtet es als unumgänglich, die defekte Heizung zu sanieren.

b) **Sanitäre Anlagen:**

Das Präsidium hält ein behindertengerechtes WC im Waaghaus-Erdgeschoss für sehr wünschbar.

Die Abklärungen haben ergeben, dass der Einbau eines behindertengerechten WC's mit Erschliessung innerhalb des Waaghauses ohne Baugesuch machbar ist. Die einzige Bedingung ist der Wechsel des Herren-WC's ins Untergeschoss, des Damen-WC's ins Erdgeschoss



Beim Standard der WC-Sanierungen empfiehlt das Präsidium, die bestehenden Plättli zu belassen, lediglich mit Hochdruck zu reinigen; eine Erneuerung aller Plättli wäre der grösste Kostenpunkt einer WC-Sanierung. Die Armaturen sollen erneuert werden, und die WC's sollen neu gemalt werden.

**c) Sicherungsmassnahmen:**

Das Präsidium sieht keinen Bedarf für zusätzliche Sicherungsmassnahmen, da der Bestand unangetastet bleibt.

**d) Treppenlift EG – 1. OG:**

Der bestehende Treppenlift wurde vor einigen Jahren eingebaut. Er weist bereits wieder Anfälligkeiten auf. Wird ein Treppenlift wenig benutzt, erleidet er Stillstandsschäden, wird er häufig benutzt, erleidet er Abnutzungsschäden.

Der bestehende Treppenlift weist mehrere Richtungsänderungen auf, was in der Praxis die Störungsanfälligkeit erhöht. Das Präsidium erörterte die Frage, ob zu empfehlen sei, die unteren Richtungsänderungen zu vermeiden, indem ein neuer Treppenlift an der Innenseite der Wand zum Waaghausweg bis aufs Kopfsteinpflaster geführt würde, ohne die beiden weiteren, bestehenden Richtungsänderungen über das bestehende, untere Podest.

Die Erreichbarkeit dieses behindertengerechten WC's für Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Anlässen im Waaghaus wird am besten sein, wenn der Treppenlift benutzt wird, um vom Obergeschoss ins Erdgeschoss zu gelangen. Als sehr hinderlich für gehbehinderte Personen und für Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer wird v.a. das Kopfsteinpflaster im Innern des Waaghauses im EG erachtet, das im westlichen Bereich sehr holperig ist, während es im östlichen Bereich flacher ist. Es wurde in der Folge diskutiert, ob es benutzergerechter wäre, eine Türe zu einem behindertengerechten WC im EG von innen, von der Halle her, oder von aussen, vom Waaghausweg her, zu durchbrechen. Eine Türe von innen her benötigt kein Baugesuch. Falls die Türe von aussen her durchbrochen werden sollte, wäre gemäss Baubehör ein Baugesuch nötig; dieser Einbau einer Türe in die Aussenmauer könnte aber allenfalls als minimale Änderung taxiert werden, welche nicht die grossen Konsequenzen hätte, dass dann alle aktuellen Vorschriften betreffend Brandschutz, Energie-Effizienz und Behindertengerechtigkeit für das ganze Gebäude umgesetzt werden müssten. Eine Türe von aussen heisst jedoch in der Praxis, dass gehbehinderte Personen oder Rollstuhlfahrer/innen auch im Winter, bei Schnee und Eis, aus Veranstaltungen im Waaghaus sich zuerst nach aussen, auf den Waaghausweg, begeben müssten, um zum behindertengerechten WC zu gelangen.

Das Präsidium empfiehlt ein behindertengerechtes WC im EG mit Erschliessung von innen. Das Präsidium empfiehlt, einen neuen Treppenlift zu erstellen, in einer weniger anfälligen Linienführung als heute.



e) **Bauliche Instandsetzung:**

Das Präsidium empfiehlt die Auffrischung von Pulten und Raum.

Das Präsidium erwartet, dass das Waaghaus in Zukunft besser unterhalten wird als in den letzten Jahrzehnten, als aus seiner Sicht zu wenig für einen ordentlichen betrieblichen und baulichen Unterhalt geleistet wurde. In diesem Zusammenhang wäre es angemessen, den Einbau von LED-Leuchten oder die Erneuerung der Stühle zu prüfen. Dies würde unter den kleinen baulichen Unterhalt fallen.

f) **Baunebenkosten:**

Es handelt sich um kleinere Sanierungsarbeiten, die bei dieser Gelegenheit gerade erledigt erledigt werden können.

g) **Abstimmungsanlage:**

Siehe Ziffer 11.1.

h) **Tonbandaufzeichnungen Internet:**

Siehe Ziffer 11.2.

i) **Reserve:**

Diese Summe soll für Unvorhersehbares eingestellt werden.



Nach dieser Diskussion empfiehlt das Präsidium somit die Umsetzung der folgenden baulichen Sanierungsmassnahmen:

Bauliche Sanierungsmassnahmen (ohne Notwendigkeit eines Baugesuchs / einer Baubewilligung)	Schätzung; CHF
<b>Heizung</b> (Sanierung Wärmeverteilung, Abluftventilation, z.T. defekte Bodenheizung bedingt Teilöffnung Parkett)	350'000
<b>Sanitäre Anlagen</b> (Sanierung WC UG Herren [1 WC, 1 Pissoir], Sanierung WC EG Damen [2 WC], Boden und Fliesen bleiben wie bestehend, nur neue Armaturen und Malen)	100'000
<b>Behindertengerechtes WC EG; Erschliessung von innen</b>	100'000
<b>Ersatz des bestehenden Treppenlifts EG – 1. OG; an Innenseite der Aussenwand</b>	30'000
<b>Bauliche Instandsetzung</b> (Pulte und Raum auffrischen)	35'000
<b>Baunebenkosten</b> (kleinere Arbeiten)	50'000
<b>Abstimmungsanlage</b> (bereits genehmigt)	20'000
<b>Tonbandaufzeichnungen Internet</b> (bereits genehmigt)	20'000
<b>Reserve</b>	35'000
<b>Total</b>	<b>740'000</b>

Die Erfahrungen mit Sitzungen des Stadtparlaments im Kantonsratssaal während der Sanierungsphase des Waaghauses haben zudem den Vorteil, dass für die Zukunft in der mittleren Frist besser abgeschätzt werden kann, ob die Pfalz als Tagungsort für das Stadtparlament besser geeignet wäre als das Waaghaus.

## 15 Weiteres Vorgehen / vom Präsidium empfohlener Zeitplan

Das Präsidium hat sich mit dem Zeitplan auseinandergesetzt und empfiehlt dem Stadtparlament eine rasche Umsetzung.

Das Stadtparlament hat die Positionen „Abstimmungsanlage“ und „Tonbandaufzeichnungen Internet“ mit den Nachträgen IV und V zum Geschäftsreglement des Stadtparlaments bereits an seiner Sitzung vom 15. September 2015 beschlossen; die Inkraftsetzung beider Massnahmen wurde auf den 1. Januar 2017 festgelegt. Es macht jedoch mehr Sinn, diese



Neuerungen gleichzeitig mit der Sanierung der Baute vorzubereiten und nach dem Wiederbezug des Waaghauses in Funktion zu nehmen.

Im Rahmen der jährlichen Vorlage des Stadtrats an das Stadtparlament betreffend „Berichterstattung über die beim Stadtrat anhängigen Motionen und Postulate 2016“, der jeweils an der Rechnungssitzung des Stadtparlaments vor der Sommerpause beraten wird, dieses Jahr am 5. Juli 2016, wird u.a. für die Motion „Sanierung des Waaghauses“ über eine Verlängerung der Frist zur Erfüllung des am 1. April 2014 erteilten Auftrags zu bestimmen sein.

Bei Vorgesprächen zwischen dem Parlamentspräsidenten und dem Ratssekretär einerseits und dem Stadtbaumeister und dem Leiter Hausdienste des Hochbauamts andererseits wurde es als realistisch betrachtet, dass das Stadtparlament innert vier Monaten nach der Verlängerung der Frist für die Erfüllung des Motionsauftrags über die Bauvorlage beraten und entscheiden kann.

Über diese Vorlage „Tagungsort des Stadtparlaments St.Gallen“ ist vom Stadtparlament im Juni 2016 Beschluss zu fassen, damit die Frist zur Erfüllung des Motionsauftrags „Sanierung des Waaghauses“ vom Stadtparlament an seiner Sitzung vom 5. Juli 2016 beim Traktandum „Berichterstattung über die beim Stadtrat anhängigen Motionen und Postulate 2016“ um vier Monate verlängert werden kann, somit bis zum 5. November 2016. Das Stadtparlament erhielt die Bauvorlage des Stadtrats für die Sanierung des Waaghauses somit im Oktober 2016 für seine Sitzung vom 2. November 2016 zugestellt.

Das Präsidium erwartet, dass das Stadtparlament noch im Kalenderjahr 2016 über eine Vorlage zur Sanierung des Waaghauses entscheiden kann. Die Umsetzung der beschlossenen baulichen Massnahmen soll dann 2017 erfolgen. Die baulichen Massnahmen sollen zeitlich so geplant werden, dass das Stadtparlament nur für wenige Sitzungen in den Kantonsratssaal ausweichen muss.

Der Präsident des Stadtparlaments:

Seeger

Der Ratssekretär:

Linke

Beilage:

Postulat vom 15. September 2015

